
Newsletter Juni 2022

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen und Berichte aus dem NS-Dokumentationszentrum.....	S. 2
Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes.....	S. 8
Neu in der Bibliothek.....	S. 25
Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus.....	S. 26
Bildnachweise und Impressum.....	S. 29

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Unterstützer*innen und Interessierte,

am 15. Mai fanden die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen statt. Auch rechtsextreme bzw. rechtspopulistische Parteien waren angetreten – konnten aber nicht die Ergebnisse erzielen, die sie erhofft hatten. Trotzdem bedarf es weiterhin einer wachsam demokratischen Gesellschaft. Eine Wahlnachlese der Mobilien Beratung finden Sie in Kürze unter mbr-koeln.de.

Im Mai sind etliche Studien und Erhebungen erschienen, die für unsere Themen relevant sind. Da ist das Monitoring zu rechter Gewalt in NRW:

Die meisten der von den Opferberatungsstellen OBR und BackUp erfassten Körperverletzungsdelikte wurden in den urbanen Ballungszentren registriert, darunter Köln (32), Düsseldorf (23) und Dortmund (19). Das häufigste Tatmotiv ist Rassismus, aber auch Sozialdarwinismus als zentrales Element rechter Gewalt gehört dazu. Beispielhaft benennt der Bericht eine Serie von mindestens zehn Angriffen in Köln, bei denen wohnungslose Menschen sowie deren persönliche Habseligkeiten mit Farbe übergossen und damit massiv beschädigt wurden.

Die im VBRG e.V. zusammengeschlossenen Beratungsstellen haben für das Jahr 2021 ein anhaltend hohes Niveau von rechten Gewalttaten in den ostdeutschen Bundesländern, Baden-Württemberg, Berlin, NRW und Schleswig-Holstein dokumentiert: Hier wurden 1.391 Angriffe mit 1.830 Betroffenen registriert. Die Opferberatungen gehen dabei von einer hohen Dunkelziffer sowie einer Untererfassung von rassistischen, antisemitischen und rechten Tatmotivierungen durch Polizei und Justiz aus. Hier zeigt sich nochmals die Bedeutung unabhängiger Beratungsstellen mit einem eigenem Monitoring.

So sehen die Behörden etliche der politisch motivierten Straftaten in 2021 als „nicht zuordenbar“ an. Ein Großteil dieser Taten ist im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie erfasst worden. Aber deutlich wurde bei der Vorstellung der offiziellen Zahlen zu Politisch Motivierter Kriminalität (PMK) – also alle Phänomenbereiche umfassend und weit über Gewalttaten hinausgehend – im Mai: Die meisten politisch motivierten Straftaten wurden im Bereich „PMK rechts“ begangen.

Darüber hinaus ist auch das Nationale Diskriminierungs- und Rassismusmonitoring veröffentlicht worden. Zu den zentralen Ergebnisse zählen u.a.: Mehr als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung (22 Prozent) hat nach eigener Aussage selbst schon Rassismus erfahren. Und: Ein Großteil der Bevölkerung (70 Prozent) ist potenziell bereit, sich auf unterschiedliche Weise gegen Rassismus zu engagieren.

Und schließlich ist die Untersuchung „Antisemitismus in Deutschland“ erschienen, die aufzeigt, wie weit verbreitet antisemitische Einstellungen in der Gesellschaft sind. Alle Hinweise auf die benannten Erhebungen finden Sie ab S. 12.

Im (bzw. vor dem) NS-DOK sind die Ausstellungen zu Theo Beckers sowie „Klänge des Lebens“ zu sehen; beide mit einem umfangreichen Begleitprogramm (ab. S. 2). Ich hoffe, Sie finden in diesem Newsletter weitere interessante Informationen und bedanke mich ganz herzlich bei allen, die bei dieser Ausgabe unterstützt haben.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus

Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums

Für den Besuch einer Veranstaltung im NS-Dokumentationszentrum entfällt der 3G-Nachweis. Die Maskenpflicht bleibt im Rahmen des Hausrechtes – wie in allen Kölner Museen – bis auf Weiteres bestehen. Infos unter: <https://museenkoeln.de/portal/Hinweise-zu-Ihrem-Museumsbesuch-von-A-Z>

Gedenkstätte Gestapogefängnis und Dauerausstellung „Köln im NS“ Führungen im EL-DE-Haus im Juni 2022



Das EL-DE-Haus war von 1935 bis 1945 Sitz der Kölner Gestapo. Neben der Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis mit über 1.800 Inschriften der Gefangenen zeigt die

Dauerausstellung auf zwei Etagen die Geschichte Kölns im Nationalsozialismus. Im Rahmen dieser Veranstaltung erhalten Sie einen Einblick in die Geschichte des Hauses und der Gedenkstätte. Darüber hinaus werden ausgewählte Aspekte der Stadtgeschichte während der Zeit des Nationalsozialismus erläutert.

Führungen finden statt am 2. (Museumstag), 4., 10. (englischsprachig) und 11. (für Familien) Juni 2022. Bitte informieren Sie sich über Zeiten, Eintrittspreise und Anmeldemodalitäten unter: www.nsdok.de

Bilder einer Diktatur. Zur Visual History des „Dritten Reiches“ Vortrag, Mittwoch, 1. Juni 2022, 19 Uhr, EL-DE-Haus

Über 70 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur sind Bilder aus der Zeit des Nationalsozialismus noch immer allgegenwärtig und finden vielfache Verwendung in Medien, Ausstellungen, Schul- und Sachbüchern. Insbesondere die propagandistische Fotopolitik des Regimes prägt unsere Vorstellungen von der nationalsozialistischen Herrschaft – und das oft, ohne dass wir ihre Absicht und Herkunft kennen.

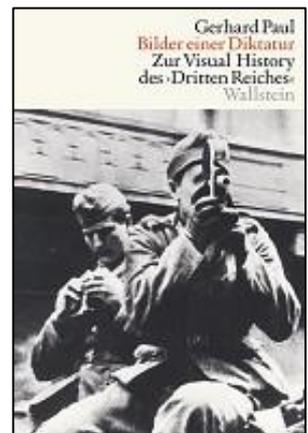
In „Bilder einer Diktatur“ (2020) beleuchtet Gerhard Paul – der Begründer der deutschsprachigen Visual History – Bildikonen und unbekanntere Aufnahmen der NS-Zeit: Er untersucht die Umstände ihrer Entstehung, wie sie im Nationalsozialismus eingesetzt wurden, ihr Nachleben nach dem Krieg und lädt dazu ein, die Bilder des Nationalsozialismus neu zu sehen und kritisch zu befragen.

Das Gespräch mit Prof. Gerhard Paul führt Dr. Sylvia Necker, Leiterin des LWL-Preußenmuseum in Minden, die sich in Forschungs- und Ausstellungsprojekten intensiv mit privater wie offizieller Fotografie im Nationalsozialismus befasst hat.

Ein Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Theo Beckers“

Teilnahme: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Bei einem Vorab-Besuch der Ausstellung (ab 18.15 Uhr) fallen keine zusätzlichen Kosten an.



Portale, 360-Grad-Rundgang und Recherche: Das NS-DOK in der digitalen Welt Online-Fortbildung, Donnerstag, 2. Juni 2022, 16 Uhr

Das NS-DOK hat in den letzten Jahren eine umfangreiche digitale Struktur aufgebaut, um seine Inhalte und Themen auch im WorldWideWeb zu präsentieren: Längst findet sich die Dauerausstellung auch im virtuellen Raum. Mit „Didaktik Digital“ werden im 360-Grad-Rundgang zudem museumspädagogische Zugänge für die interaktive Nutzung im Unterricht angeboten. Portale wie „Erlebte Geschichte“ oder „Jugend 1918 - 1945“ präsentieren umfangreiches Material und vielfältige Recherchemöglichkeiten.

Lernen Sie in diesen Veranstaltungen auch neueste Entwicklungen wie die Web-App zur Erkundung des Stadtraumes kennen, erhalten Sie Tipps und Hinweise zu deren Nutzung speziell im Unterricht und bei der schulischen Projektarbeit. Tauschen Sie sich mit dem zuständigen Referenten über die digitalen Perspektiven in der Bildungs- und Vermittlungsarbeit aus.

Teilnahme: kostenlos

Anmeldung unter: https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=38514&inst=14

Klänge des Lebens. Geschichten von Sinte*zze und Rom*nja. Eine Ge-Denk-Station Eröffnung, Donnerstag, 9. Juni 2022, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Die open-Air Ausstellung vor dem Eingang des NS-Dokumentationszentrums lässt Menschen zu Wort kommen, die als Sinte*Sintezza,

als Rom*Romnja im Nationalsozialismus verfolgt wurden und den Völkermord überlebt haben. Angehörige der zweiten Generation berichten, welche Spuren dieses Menschheitsverbrechen bei ihnen selbst und innerhalb ihrer Familie hinterlassen hat. Die Präsentation ist in einem Oberlichtwagen (Baujahr 1958) installiert, der für die Sinte*zze des Maro Drom – Kölner Sinte und

Freunde e.V. ein Sinnbild für eine verschwundene Welt, eine Erinnerung an ihre Vorfahren sowie ein Ort der Selbstverständigung und der Begegnung ist.

Zur Eröffnung am 9. Juni 2022 um 19 Uhr führen Markus Reinhardt und Krystiane Vajda mit Dr. Karola Fings (ehemalige stellvertretende Direktorin des NS-DOK) in das Interviewprojekt mit Überlebenden und ihren Nachfahren und die Ausstellung ein. Als besonderen Gast begrüßen wir die Überlebende Ritela Prigmore, die über ihre persönlichen Erfahrungen berichten wird. Mit musikalischer Begleitung des Markus-Reinhardt-Ensembles.

Teilnahme: kostenlos

Anmeldung unter: nsdok@stadt-koeln.de

Menni Schwarz im Gespräch mit Krystiane Vajda Sonntag, 12. Juni 2022, 17 Uhr, EL-DE-Haus

Christel „Menni“ Schwarz (*1948), Überlebender und Aktivist, wird über sein Engagement für die Erinnerung an die Verbrechen an Sinti*zze und Rom*nja mit Krystiane Vajda sprechen. Seine eigene Familie wurde in verschiedene Konzentrations- und Vernichtungslager verschleppt – viele haben nicht überlebt. Schwarz war Initiator des ersten Sinti-Mahnmals in Deutschland, welches 1989 in Gedenken an die 74 deportierten und anschließend ermordeten Sinti*zze der Stadt Oldenburg errichtet wurde.

Mit einer Präsentation des Films „Auf Spurensuche der Sinti und Roma“ und Musik von Janko Wiegand und Markus Reinhardt.

Teilnahme: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Anmeldung unter: nsdok@stadt-koeln.de



Sichtbar machen – Kommunikation im und über den Holocaust

Projektion im Stadtraum, Mittwoch, 15. Juni 2022, 22 Uhr, Belgisches Viertel



Das jüdische Leben und der Holocaust: Gedanken und Gefühle zwischen Hoffnung und Ausweglosigkeit, Flucht und Verzweiflung mitten in der Stadt –

an den Orten, an denen sich Ausgrenzung und Entrechtung unter den Augen der Mehrheitsgesellschaft abspielten. Dies sichtbar zu machen ist das Ziel der Projektion am ehemaligen Wohnort der jüdischen Familie Schönenberg in der Venloer Straße.

Auszüge aus ihren Tagebüchern, Briefen und Dokumenten sowie Fotos und die Namen der Bewohner*innen werden auf die Hausfassade projiziert und veranschaulichen den Weg vom

gutbürgerlichen Leben in der Kölner Innenstadt über die zunehmende Ausgrenzung und Entrechtung, das Schicksal im Gettohaus bis zur Deportation am 15. Juni 1942.

Bis Ende 2022 entsteht in diesem Projekt auch ein umfangreiches Web-Portal. Weitere Projektionen bringen dessen Inhalte – und damit die Geschichte und Geschichten – zurück an die Orte ihres Geschehens mitten in der Stadt.

Ort: Köln, Venloer Straße 23/ Bismarckstraße

Teilnahme: kostenfrei

Das Projekt des Museumsdiensts Köln und dem NS-DOK wird im Rahmen der Bildungsagenda NS-Unrecht von der Stiftung Erinnerung, Veranstaltung und Zukunft sowie dem Bundesministerium der Finanzen gefördert.

Requiem für Auschwitz // Schattenkinder

Gespräch, Donnerstag, 16. Juni 2022, 17 Uhr, EL-DE-Haus



Roger Moreno-Rathgeb (*1956 in Zürich) wusste bis zu seinem 15. Lebensjahr nichts von seiner Identität als Sinto. Nach einem ihn tief bewegenden Besuch in Auschwitz-Birkenau machte er es sich zur Lebensaufgabe, allen

Ermordeten zu gedenken und ihnen ein Requiem zu widmen. Das „Requiem für Auschwitz“

wurde 2009 fertiggestellt und wird seitdem von den „Roma und Sinti Philharmonikern“ europaweit aufgeführt.

Bluma (Maria) Meinhardt (*1961 in Wuppertal) begann im Alter von zwölf Jahren, die traumatischen Verfolgungsgeschichten ihrer Familie aufzuschreiben. Inzwischen hat sie mehrere Gedicht- und Prosabände veröffentlicht.

Roger Moreno und Bluma Meinhardt werden ihre Werke im Gespräch mit Krystiane Vajda vorstellen.

Teilnahme: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Anmeldung unter: nsdok@stadt-koeln.de

Marienprozession mit Lesung und Musik

Exkursion, Sonntag, 19. Juni 2022, 17 Uhr, Köln-Innenstadt

Startpunkt der Prozession ist St. Maria in der Kupfergasse mit einer Andacht von Pfarrer Jan Opiela (katholische Seelsorge für Rom*nja, Sinte*zze und verwandte Gruppen). Anschließend führt die Prozession zum Hof des EL-DE-Hauses, wo junge Sinte*zze aus Briefen von Deportierten lesen. Der Abschluss wird beim Oberlichtwagen vor dem EL-DE-Haus mit musi-

kalischer Begleitung von Markus Reinhardt und Janko Wiegand stattfinden.

Teilnahme: kostenlos

Treffpunkt: St. Maria in der Kupfergasse



Zwischen Verdrängen und Verantwortung

Exkursion zu Mahn- und Erinnerungsorten in der Innenstadt,

Donnerstag, 23. Juni 2022, 16 Uhr



vom EL-DE-Haus und der Gedenkstätte Gestapogefängnis erkunden Sie Erinnerungsstätten

An die Zeit des Nationalsozialismus wird heute in vielfältiger Weise erinnert: Im öffentlichen Raum und der Medienlandschaft, in Schule, Politik und gesellschaftlichen Diskursen wird der Opfer dieser Zeit gedacht. Diese Gedenk- und Erinnerungskultur hat ihrerseits aber eine wechselvolle, oft umstrittene Geschichte. Ausgehend

im näheren Stadtraum: Anhand von Denkmälern, den Stolpersteinen oder neueren Mahnmälen werden die verschiedenen Formen und Ausdrücke der öffentlichen Erinnerungskultur in Köln erläutert.

Teilnahme: kostenfrei (zzgl. Eintritt „Kurzbesuch“ Gedenkstätte)

Treffpunkt: vor dem EL-DE-Haus

Anmeldung bis zum 18.06. unter:
https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=37616&inst=14

ROMANITY (ehemals Minor Swing Kids)

Musiktheaterprojekt 23. – 25. Juni 2022, 19.30 Uhr, EL-DE-Haus

Was siehst du, wenn du mich siehst? Was sehe ich, wenn ich mich sehe? Was sehe ich, wenn ich dich ansehe? Zusammen mit Sinti*izze und Rom*nja aus Ungarn und Deutschland erzählt Regisseur und Sinto Stefan Herrmann von Empowerment und Selbstbehauptung, von doppelter Ausgrenzung, von immer wieder aufs Neue reproduzierten Stereotypen und dem Versuch ihrer Entkräftung. Mit dem Ensemble der ungarischen Tanzgruppe „Romano Glaszo“ fragt er:

Wie kann die Sichtbarkeit der eigenen Identität in einer Welt voller Vorurteile funktionieren? Und welchen Preis bin ich bereit zu zahlen für meinen Kampf, Widerstände zu überwinden?

Dauer: ca. 75 Minuten

Teilnahme: 15 Euro; erm. 10 Euro

Tickets über:
sommerblut.de oder rausgegangen.de

Geschichte der Sinti*izze und Rom*nja

Stolpersteinführung, Freitag, 24. Juni 2022, 17 Uhr, Griechenmarktviertel

Ausgehend vom EL-DE-Haus führt dieser Rundgang über den Blaubach und die Thieboldsgasse zu den Spuren von Lebensgeschichten deportierter Sinti*izze und Rom*nja: Durch das damals kleinteiligen und dicht bebaute Viertel, vorbei am ehemaligen Standort der Kriminalpolizei und dem heutigen Gesundheitsamt, das während der NS-Zeit für die Gutachten zur Sterilisation zuständig war. Es ist vor allem die frühe Deportation vom 16. – 21. Mai 1940, auf die wir beim Rundgang immer wieder zu sprechen kommen werden.

Anhand der Lebensgeschichten rassistisch verfolgter Sinti*izze und Rom*nja setzen wir uns auch mit den unterschiedlichen Selbstbezeichnungen auseinander und beleuchten die Eigenständigkeit und Vielfalt dieser nationalen Min

derheit in Deutschland damals wie heute. Erst 1982 – und nur durch den Einsatz der Sinti*izze und Rom*nja selbst – wurde der rassistische Massenmord an Ihnen als NS-Verbrechen und Völkermord anerkannt.

Mit: Dr. Katja Lambert

Treffpunkt: vor dem EL-DE-Haus

Teilnahme: kostenlos

Anmeldung bis 22.06. unter:
https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=39866&inst=14



Das jüdische Köln – Sichtbares und Verborgenes

Exkursion, Sonntag, 26. Juni 2022, 15 Uhr, Köln-Innenstadt



Der Rundgang führt von der einstigen Gestapozentrale am Appellhofplatz zur ehemaligen Hauptsynagoge in der Glockengasse. Verfolgen Sie die Spuren des Judentums in Köln bis 1933 und der dann einsetzenden systematischen Verfolgung.

Gregor Aaron Knappstein ist Mitglied der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums.

Anhand von Gebäuden, Personen und ihren Geschichten erläutert er Ihnen die Vielfalt des Kölner Judentums in Vergangenheit und Gegenwart.

Treffpunkt: vor dem EL-DE-Haus

Teilnahme: 6 Euro

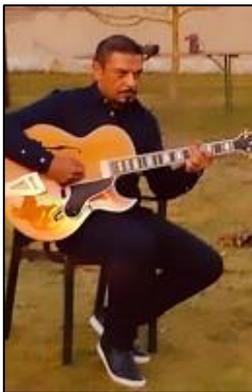
Anmeldung bis 21.06. unter:

https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=37397&inst=14

Dieser Kurs ist ausgebucht. Wir können Sie jedoch auf eine Warteliste setzen.

Tag der Jugend

Finissage von „Klänge des Lebens“, Sonntag, 26. Juni 2022, 17 Uhr, EL-DE-Haus



Grancino Reinhardt, geboren 1976 als einer der Söhne von Franz „Schnuckenack“ Reinhardt, dem „großen Geigenvirtuosen der Sinti-Musik“, spricht mit Krystiane Vajda über sein Schicksal als Sohn eines Überlebenden. In jungen Jahren lernte er von seinem Vater Geige spielen, wechselte dann später aber zur Gitarre. Nach dem Tod

von Schnuckenack Reinhardt gründete er zusammen mit seinem Bruder Sannino das „Sannino Reinhardt Quintett“, um den Geist von Schnuckenacks Musik weiterleben zu lassen. Auch die nächste Generation führt die musikalische Tradition der Familie fort.

Mit Musik von:

Grancino – Reinhardt – Quintett
Daniel de Alcalá und José Antonio Primo Reina
Dizzy Bone und Moogli

Teilnahme: kostenlos

Menschen und ihre Geschichten in den Kölner Stadtvierteln während der NS-Zeit

Online-Führung, Freitag, 1. Juli 2022, 15 Uhr

Besuchen Sie in dieser digitalen Exkursion quer durch Köln die Stadtviertel zwischen Ehrenfeld und Rath, zwischen Nippes und Sülz - und erfahren Sie mehr über die GeschichteN der Veedel und die Menschen, die dort lebten.

Andrea Völcker stellt Ihnen in diesem multimedialen Stadtrundgang Zeitzeug:innen und ihre GeschichteN vor, die individuelle Einblicke in das Leben von den 1920er bis in die 1940er Jahre bieten - die aber auch die ausgewählten Kölner Veedel darstellen: den Alltag, das Leben auf

den Straßen und die Veränderungen des Stadtbildes im Laufe der Jahre.

Anmeldung bis zum 29.06.

unter:

https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=38863&inst=14



Menschen und ihre Geschichten in den Kölner Stadtvierteln während der NS-Zeit

Ein Online-Angebot des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Geschichte der Sinti*zze und Rom*nja

Stolpersteinführung, Freitag, 1. Juli 2022, 17 Uhr, Griechenmarktviertel

Ausgehend vom EL-DE-Haus führt dieser Rundgang über den Blaubach und die Thiebols-gasse zu den Spuren von Lebensgeschichten deportierter Sinti*zze und Rom*nja: Durch das damals kleinteiligen und dicht bebaute Viertel, vorbei am ehemaligen Standort der Kriminalpolizei und dem heutigen Gesundheitsamt, das während der NS-Zeit für die Gutachten zur Sterilisation zuständig war. Es ist vor allem die frühe Deportation vom 16. – 21. Mai 1940, auf die wir beim Rundgang immer wieder zu sprechen kommen werden.

Anhand der Lebensgeschichten rassistisch verfolgter Sinti*zze und Rom*nja setzen wir uns auch mit den unterschiedlichen Selbstbezeich-

nungen auseinander und beleuchten die Eigenständigkeit und Vielfalt dieser nationalen Minderheit in Deutschland damals wie heute. Erst 1982 – und nur durch den Einsatz der Sinti*zze und Rom*nja selbst – wurde der rassistische Massenmord an Ihnen als NS-Verbrechen und Völkermord anerkannt.

Mit: Martin Vollberg

Treffpunkt: vor dem EL-DE-Haus

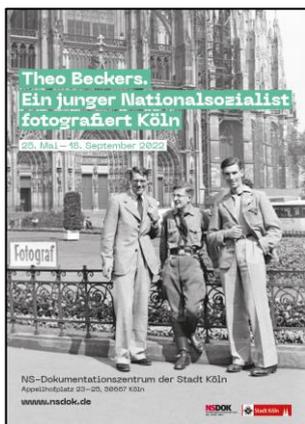
Teilnahme: kostenlos

Anmeldung bis 29.06. unter:

https://museenkoeln.de/portal/kurs_buchen.aspx?termin=39866&inst=14

Theo Beckers. Ein junger Nationalsozialist fotografiert Köln

Ausstellung, bis 18. September 2022, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Mit der Kamera in der Hand zieht der junge Theo Beckers in den 1930er Jahren durch Köln: Er fotografiert Familienfeiern, Ausflüge, HJ-Fahrten, die Haustiere, sein Zimmer, Karnevalsumzüge, Kirchenfeste und Prozessionen, politische Aufmärsche, Freund*innen und Bekannte. Allein in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft macht er mehrere tausend Aufnahmen, die Einblick in

die Bildwelt eines jungen Amateurfotografen und lokalen HJ-Funktionärs geben.

Theo Beckers wird im August 1914 in eine bürgerliche Kölner Familie geboren. 1934 beendet er seine Schulzeit am Realgymnasium in Köln-

Deutz. Da ihn die Bonner Hochschule für Lehrerbildung ablehnt, wird er nicht Lehrer, sondern macht eine Ausbildung zum Zahntechniker. Im Mai 1933 tritt Theo Beckers in die Hitlerjugend ein, für die er bald auch Ämter übernimmt. Mitglied in der NSDAP wird er nicht. Mit Eltern und Schwester teilt Theo Beckers eine enge Bindung an die katholische Kirche.

Die Ausstellung lädt zum Hinschauen, Entdecken und Nachdenken ein: Wie sah Theo Beckers seinen Alltag und die Stadt, in der er lebte? Zu welchem Bild von ihm und seinem Leben setzen sich die Aufnahmen zusammen? Prägte sein Engagement für den Nationalsozialismus auch seine Fotografien? Wie passen sie zu den Vorstellungen, die wir uns vom Leben in der NS-Diktatur machen?

Führungen mit Kuratorin Dr. Hanne Leßau:

So, 05.06.2022, 16 Uhr; So, 03.07.2022, 11 Uhr
Do, 04.08.2022, 20 Uhr; So, 18.09.2022, 15 Uhr

Spenden für ehemalige Zwangsarbeiter*innen

Am Empfang des NS-Dokumentationszentrums steht eine Spendenbox, in der die „Projektgruppe Messelager“ im Verein EL-DE-Haus e.V. Geld für ehemalige NS-Zwangsarbeiter*innen aus der Ukraine sammelt. Diese Menschen leiden gerade im hohen Alter zum zweiten Mal unter den Gräueln eines Krieges.

Übrigens: Der Verein EL-DE-Haus e.V. hat ab sofort eine eigene Homepage, auf der Nachrichten und Ankündigungen, die den Verein betreffen, veröffentlicht werden: <https://el-de-haus-koeln.de>



Veröffentlichungen, Projekte, Wissenswertes

Peter Wortsman – Geistertanz in Berlin

Buchvorstellung und Gespräch, Montag, 13. Juni 2022, 19 Uhr, Köln-Innenstadt



Der Lern- und Gedenkort Jawne lädt ein: „In mir lebt ein ungeborener Dichter deutscher Sprache, schreibt Peter Wortsman, der 1952 in New York geborene Sohn österreichisch-jüdischer Emigranten. Erzogen wurde er sprachverwirrt, d.h. zweisprachig in Deutsch und Englisch. So erscheint es nur folgerichtig, dass er literarischer Übersetzer, Autor und Dramatiker wurde.“

Wir freuen uns sehr, Peter Wortsman nach 2019 erneut in Köln zu einer Lesung begrüßen zu dürfen. Er wird Auszüge aus seinen Werken auf Englisch und Deutsch vorstellen: aus der zweisprachigen Kurzgeschichtensammlung ‚Stimme

und Atem/Out of Breath, Out of Mind‘ (Palm Art Press, Berlin, 2019), der deutschen Übersetzung seiner Reiseerinnerungen ‚Geistertanz in Berlin‘ (Palm Art Press, Berlin 2021; die englische Version wurde mit dem Independent Publishers Book Award 2014 ausgezeichnet) und seinem Theaterstück ‚Der tätowierte Mann‘, das derzeit am Deutschen Theater in Göttingen aufgeführt wird.

Peter Wortsman schreibt auf Deutsch und Englisch. Er ist Autor von vier belletristischen Werken, darunter dem Roman ‚Cold Earth Wanderers‘ (Finalist des Foreword INDIES Book of the Year Award 2014), zwei Sachbüchern, zwei Theaterstücken und einem in Kürze erscheinenden Gedichtband ‚Borrowed Words‘. Er ist auch ein von der Kritik gefeierter literarischer Übersetzer, der deutsche Klassiker ins Englische übertragen hat, u.a. Werke von Peter Altenberg, den Brüdern Grimm, Heinrich Heine, Franz Kafka, Heinrich von Kleist und Robert Musil.“

Ort: Zentralbibliothek, Josef-Haubrich-Hof 1, 50676 Köln

Teilnahme: kostenfrei

Europäische Hauptstadt für Integration und Vielfalt

Auszeichnung der Stadt Köln durch die Europäische Kommission

Die Stadt Köln teilt mit: „Der von der Europäischen Kommission verliehene Preis ‚Europäische Hauptstädte der Vielfalt und Integration‘ (European Capitals of Inclusion and Diversity) geht in diesem Jahr an die Stadt Köln. Sie setzte sich als 1. Gewinnerin unter mehr als 80 europäischen Bewerberstädten durch. In der Kategorie ‚Kommune mit mehr als 50.000 Einwohner*innen‘ zählen neben Köln auch die Städte Barcelona und Göteborg zu den ausgezeichneten Gewinnerinnen, deren besonderes Engagement zur Stärkung einer integrativen und vielfältigen europäischen Stadtgesellschaft gewürdigt wird.“

Bürgermeister Dr. Ralph Elster nahm in Vertretung für die Stadt Köln die Auszeichnung am 28. April 2022 in Brüssel von Helena Dallı, EU-Kommissarin für Gleichstellung, entgegen. Mit der

Einrichtung eines Amtes für Integration und Vielfalt und zielgruppenspezifischen Gremien und Handlungskonzepten, die partizipativ erarbeitet wurden, stärkt die Stadt Köln die politische Selbstbestimmung im Leben von Menschen oder Gemeinschaften (Empowerment) durch entsprechende Strategien und Maßnahmen. Die Stadt hat Vielfalt zu einem zentralen Thema gemacht, das sich in vielen Grundlagenpapieren und Konzepten wiederfindet. Dieser Ansatz wird mit dem Preis als europaweit einzigartig ausgezeichnet.

Die Stadt Köln fördert Bildungs- und Sensibilisierungsangebote im Bereich Antidiskriminierung und schafft oder unterstützt kommunale Antidiskriminierungsstrukturen. Dabei trägt sie durch ihre nationale und internationale Netzwerkarbeit dazu bei, ihren intersektionalen und



Helena Dalli, EU-Kommissarin für Gleichstellung und der Kölner Bürgermeister Dr. Ralph Elster

*menschenrechtsorientierten Ansatz über die Stadtgrenzen hinaus zu verbreiten. ‚Oberbürgermeisterin der ersten Europäischen ‚Hauptstadt für Integration und Vielfalt‘ zu sein, macht mich sehr stolz‘, sagt Oberbürgermeisterin Henriette Reker. ‚Es zeigt, dass sich ein Vorangehen auszahlt und die Stadt Köln hier auf dem richtigen Weg ist. Köln will auch in Zukunft als gutes Beispiel dienen‘, unterstreicht sie und erklärt: ‚Dazu werden wir die Strukturen und die Netzwerkarbeit weiter stärken.‘ Reker betont: ‚Mein Dank gilt insbesondere den zahlreichen engagierten Kölner*innen, die sich jeden Tag für Vielfalt und gegen Diskriminierung und für Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und gegen deren Ausgrenzung einsetzen.‘“*

Weitere Informationen unter:

<https://www.eudiversity2022.eu/the-award/>

Respekt! Gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus Rat der Stadt Köln stimmt Antrag zum Anliegen der Initiative einstimmig zu

In der Sitzung vom 5. Mai 2022 hat der Rat der Stadt Köln dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke, FDP, Volt, Die FRAKTION und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend „Initiative „Respekt! Gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus“ einstimmig bei Stimmenthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt:

„Die Verwaltung wird gebeten, zu überprüfen und Wege aufzuzeigen, wie dem Anliegen der Initiative ‚Respekt!‘ Rechnung getragen werden und die Botschaft ‚Für Weltoffenheit und Respekt - gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus!‘ im Rahmen der städtischen Öffentlichkeitsarbeit zum Ausdruck gebracht werden kann (z. B. am Rathaus und anderen Gebäuden in Form einer entsprechenden Tafel oder Inschrift, an den Bahnen der KVB, ...).

Begründung:

Verschiedene Initiativen sind an die Ratsfraktionen herangetreten mit der Bitte, ihrem Anliegen, in Köln an den Rathäusern, an den Gebäuden, in denen städtische Dezernate untergebracht sind, Bezirksrathäusern und städtischen Kultureinrichtungen Tafeln mit der Aufschrift ‚Für Weltoffenheit und Respekt - gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus!‘ anzubringen. Die antragstellenden Fraktionen unterstützen dieses Anliegen. Es soll nach außen hin erneut ein deutliches Zeichen gesetzt werden, dass die Stadt Köln für Welt-offenheit,

für Respekt und gegen jede Form rassistischer, antisemitischer, religiöser, sozialer oder kultureller Ausgrenzung steht. Eine ähnliche Kampagne wurde im Jahr 2020 durchgeführt, wozu ebenfalls KVB-Bahnen bedruckt wurden.

Köln tut dies auch im Einklang mit der Erfurter Erklärung zur 41. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 16.-18. November 2021, in der es unter der Überschrift der Sicherung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes heißt: ‚Die Städte stehen ein für demokratische Werte, offenen Diskurs, Beteiligung, Vielfalt und Toleranz sowie Gleichstellung aller Geschlechter. Sie stellen sich ausdrücklich gegen Haltungen, die diese Werte nicht anerkennen und unterminieren, und damit gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. [...] Stabile Stadtgesellschaften entstehen durch die Kraft aller und im gegenseitigen Respekt.‘“

Der Antrag bezieht sich auf eine Initiative des Rom e.V., die vom Runden Tisch für Integration, dem Verein EL-DE-Haus e.V. und dem Bündnis „Köln stellt sich quer“ unterstützt wurde. „Obwohl unser Anliegen nicht 1: 1 umgesetzt werden wird, ist immerhin ein weiterer Schritt getan, um auch innerhalb der Stadtverwaltung und innerhalb der Zivilgesellschaft mehr gegen Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus zu tun“, so Elisabeth Klese für den Vorstand des Rom e.V.

Museumspreis für RJM-Direktorin Nanette Snoep

Kenneth-Hudson-Award für institutionelle Courage und berufliche Integrität 2022

Die Stadt Köln teilt mit: „Nanette Snoep, Direktorin des Rautenstrauch-Joest-Museums, hat den Kenneth-Hudson-Award für institutionelle Courage und berufliche Integrität 2022 für ihre Arbeit erhalten. Dieser Preis ist ein wichtiger Preis in der Museumswelt und wurde vom Vorstand des ‚European Museum of the Year Award‘ vergeben. ‚Ich habe mich persönlich sehr über die Auszeichnung für Nanette Snoep gefreut, da es mir zeigt, dass das so wichtige Thema der Dekolonisierung bei ihr und ihrem Team in guten Händen ist und sie die Stadt Köln, nicht zuletzt bei der Begleitung des Bundespräsidenten in den Senegal, bestens vertritt‘, gratulierte Henriette Reker, Oberbürgermeisterin der Stadt Köln.

Mit dem Preis würdigt die Jury das aktive und leidenschaftliche Engagement für die Entwicklung einer neuen globalen Museumsethik zu den Themen Entkolonialisierung, Restitution, Wiedergutmachung und Rückführung. Hervorgehoben wird die Ausstellung ‚RESIST! Die Kunst des Widerstands‘ des vergangenen Jahres, in der das Rautenstrauch-Joest-Museum (RJM) den Kampf um die Anerkennung kolonialer Kriege und Traumata sowie um Restitution, Wiedergutmachung und Gerechtigkeit in einen historischen Kontext stellt.

‚RESIST!‘ basierte auf Co-Autorenschaft und Co-Kuratorenschaft mit Künstler*innen, Wissenschaftler*innen und Aktivist*innen aus dem Globalen Süden sowie aus der Diaspora und schuf eine vielstimmige Plattform für Solidarität, kritische Diskussionen und Dialog. Die aktiven und dauerhaften Netzwerke, die auf diese Weise mit verschiedenen Gemeinschaften und Interessengruppen aufgebaut wurden, werden einen entscheidenden Einfluss auf die Neuerfindung des sogenannten ethnografischen Museums haben‘, heißt es weiter in der Begründung der Jury.

Die Ausstellung ‚RESIST! Die Kunst des Widerstands‘ wurde mit zahlreichen Künstler*innen aus dem Globalen Süden realisiert, mit lokalen und globalen Kurator*innen kuratiert und mit lokalen Kölner Kooperationspartner*innen – darunter das Integrationshaus Kalk e.V., die Jugendwerkstatt Chorweiler und Coach e.V. – und Live Speakers umgesetzt.

‚Nur im gemeinsamen Austausch und in Zusammenarbeit mit allen Akteur*innen konnte ‚RESIST!‘ so eine erfolgreiche Ausstellung werden. Ich freue mich, dass nun dieser Preis die Arbeit aller Beteiligten würdigt‘, hält RJM-Direktorin Nanette Snoep fest. [...]

Verdienste um die Aufarbeitung des Holocausts in der Ukraine

Bundesverdienstkreuz für Margret und Werner Müller



Der Verein EL-DE-Haus e.V. teilt mit: „Wir freuen uns, dass unsere Mitglieder Margret und Werner Müller für ihre Verdienste um die Aufarbeitung des Holocausts in der Ukraine von der Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker im Namen des

Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz erhalten haben. Der Verein EL-DE-Haus gratuliert zu dieser verdienten Auszeichnung!

Eine Veranstaltung mit Boris Zaparko, dessen Werk von Margret und Werner Müller betreut wird, soll am 30. Juni stattfinden.“

Besorgniserregende Zunahme rechter Gewalttaten

Beratungsstellen in NRW veröffentlichen Monitoring rechter Gewalt 2021

Die Beratungsstellen OBR und BackUp teilen mit: „Für das Jahr 2021 mussten in Nordrhein-Westfalen (NRW) insgesamt 213 rechte, rassistische, antisemitische und andere menschenfeindlich motivierte (kurz: rechte) Gewalttaten mit mindestens 339 direkt betroffenen Menschen registriert werden. Damit ist ein Anstieg rechter Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahr um 7,6 Prozent feststellbar. Rassismus ist mit 62,4 Prozent wie auch in den Vorjahren das am häufigsten erfasste Tatmotiv, gefolgt von Angriffen gegen politische Gegner*innen mit 16,0 Prozent sowie sozialdarwinistisch motivierte Taten mit 8,0 Prozent und antisemitisch motivierte Angriffe mit 5,6 Prozent.

Körperverletzungsdelikte machten 2021 mit 74,2 Prozent der Angriffe den höchsten Anteil aus, darunter mindestens 69 gefährliche Körperverletzungen und eine versuchte Tötung. Die meisten Angriffe wurden in den urbanen Ballungszentren registriert, darunter Köln (32), Düsseldorf (23), Dortmund (19) und Essen (14).

„Der leichte Rückgang rechts motivierter Gewalttaten in den Jahren 2018 bis 2020 bot aufgrund kontinuierlich hoher Zahlen keinesfalls Anlass zur Entwarnung: Das Jahr 2021 zeigt dies in erschreckender Hinsicht, weil die Zahl der Angriffe wieder stieg und um 7,6 Prozent höher als im Vorjahr liegt“, macht Magdalena Lentsch von der Beratungsstelle BackUp deutlich. Die im Bereich der politisch motivierten Kriminalität rechts (PMK-rechts) sowie der allgemeinen Kriminalitätsstatistik dargestellten abnehmenden Tendenzen können die beiden Beratungsstellen des Bundeslandes NRW mit ihrem spezialisierten Blick demnach nicht bestätigen.

Rassismus

„Rassismus als das häufigste Tatmotiv ist ein gesamtgesellschaftliches und allgegenwärtiges Phänomen, dessen Existenz keinesfalls auf einen extrem rechten Randbereich reduziert werden kann“, so Fabian Reeker von der Opferberatung Rheinland (OBR). „Rassismus ist eine gewaltvolle Alltagserfahrung, welche die Lebensführung von Betroffenen zentral prägt.“

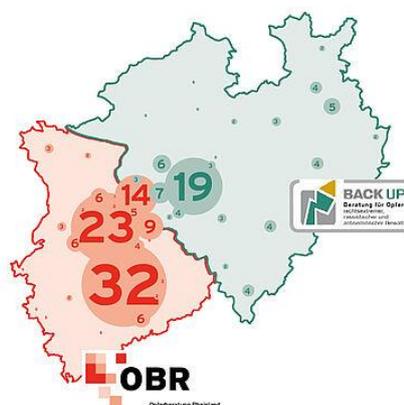
Rassistisch motivierte Angriffe stellen darauf basierend eine krisenhafte Zuspitzung dieser alltäglichen Erfahrungen dar“, so der Projektleiter weiter.

Sozialdarwinismus

Für das Jahr 2021 wurde mit insgesamt 17 Fällen erstmals ein deutlicher Anstieg sozialdarwinistisch motivierter Gewalttaten gegen wohnungslose Menschen durch die spezialisierten Beratungsstellen registriert. „Mit mindestens 20 direkt betroffenen Personen ist ein deutlicher und besorgniserregender Anstieg sozialdarwinistisch motivierter Angriffe im Jahr 2021 zu verzeichnen“, konstatiert Niklas Weitekamp von der OBR. „Sozialdarwinismus stellt ein zentrales Ideologieelement rechter Gewalt dar, dessen Existenz aufgrund der gesellschaftlichen Ausgrenzung der Betroffenen oftmals öffentlich nicht wahrgenommen wird“, so der Beauftragte für Recherche und Monitoring der OBR weiter. Beispielhaft zu nennen sei hier eine Serie von mindestens zehn Angriffen in Köln, bei denen wohnungslose Menschen sowie deren persönliche Habseligkeiten wie Schlafsäcke mit Farbe übergeben und damit massiv beschädigt wurden: „Die Taten wirken geplant, die Betroffenen wurden willkürlich ausgewählt, teils im Schlaf überrascht und ihre Schutzlosigkeit wurde ausgenutzt. Die Angriffe lassen Ungleichwertigkeitsideologien sichtbar werden und basieren auf der Abwertung wohnungsloser Menschen“, so der OBR-Verantwortliche.

Rechte Gewalt in NRW 2021

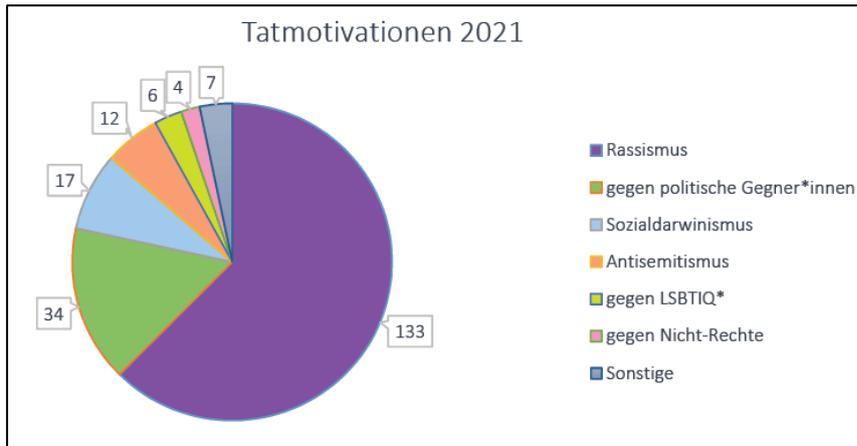
Jahresstatistik von OBR und BackUp



213 Angriffe mit 339 direkt Betroffenen



1 versuchte Tötung 157 Körperverletzungen
 28 massive Bedrohungen/Nötigungen
 6 massive Sachbeschädigungen 11 Brandstiftungen
 10 sonstige Gewalttaten



logiefragmenten rechter Gewalt. Dazu Fabian Reeker: ‚Neben mehr als 60 Verdachtsfällen, in denen Verschwörungserzählungen, Antisemitismus und Sozialdarwinismus als mindestens motivbegleitend angenommen werden müssen, konnten insgesamt zwölf Angriffe im Kontext der COVID-19 Pandemie konkret als rechte Gewalttaten verifiziert werden.‘

Angriffe gegen politische Gegner*innen

Unverändert das zweithäufigste Motiv rechter Gewalttaten stellen Angriffe gegen politische Gegner*innen mit 16,0 Prozent dar. ‚Betroffene sind verschiedenen Bedrohungsszenarien ausgesetzt, die auf verschiedene Art und Weise einschüchtern sollen. Beispielhaft dafür ist die Veröffentlichung von Wohnanschriften, Fotos oder Videoaufnahmen von Aktivist*innen durch extrem rechte Akteur*innen, um bestimmte Personen gezielt als Angriffsfläche in den Fokus zu rücken‘, konstatiert Lisa Schulte von der Beratungsstelle BackUp. In keiner anderen Stadt in NRW fanden mehr Angriffe gegen diese Personengruppe statt als in Dortmund. ‚Für Dortmund konnte auf Grundlage der uns vorliegenden Erkenntnis keine deutliche Abnahme an Angriffen festgestellt werden, vielmehr ein weiterhin hohes Maß an rechter Gewalt, unter anderem ausgeübt durch nach wie vor aktive, organisierte und gewaltbereite Täter*innenstrukturen‘, stellt die Mitarbeiterin von BackUp fest.

Von Pandemieleugner*innen ausgeübte Gewalt

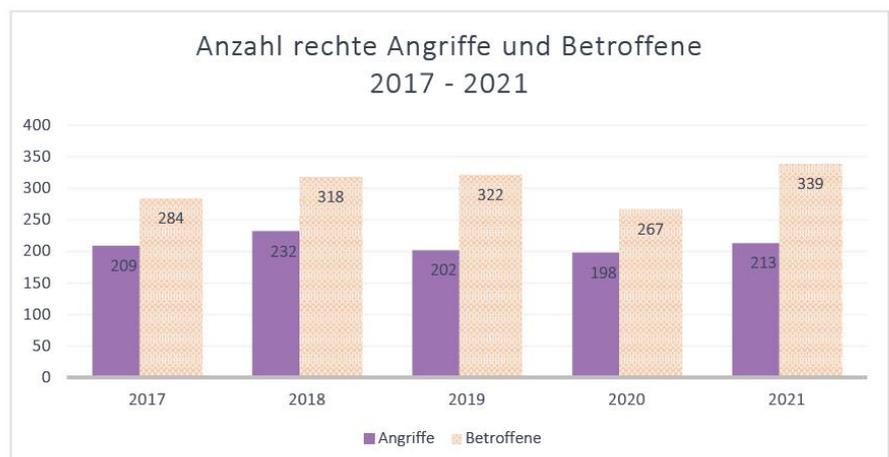
Das zweite Pandemiejahr war geprägt von Protesten gegen damit einhergehende staatliche Schutzmaßnahmen. Diese Proteste gingen einher mit Gewaltdelikten durch Pandemie-Leugner*innen: ein neuer Phänomenbereich mit zum Teil alten Ideo-

Solidarität mit Betroffenen!

Die kontinuierlich hohen Zahlen rechter Angriffe in NRW und die Zunahme teils schwerer Gewalttaten im Jahr 2021 zeichnen ein erschreckendes und besorgniserregendes Bild und erfordern gesellschaftliches Handeln. Dazu resümieren die Beratungsstellen BackUp und OBR: ‚Allzu häufig verblassen die Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt vor dem Hintergrund ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung und werden in der Öffentlichkeit nicht angemessen berücksichtigt. Solidarität mit Betroffenen vonseiten der Zivilgesellschaft und politischen Verantwortungsträger*innen sind somit zentrale Voraussetzung, um rechter Gewalt und Menschenverachtung begegnen und gesellschaftliche Veränderungen bewirken zu können.‘

Weitere Infos:

www.opferberatung-rheinland.de



Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt in 2021 Eine alarmierende Bilanz der unabhängigen Opferberatungsstellen

Der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG) teilt mit: „Das sichtbare Ausmaß rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ist dramatisch – trotz monatelanger pandemiebedingter Ausgangsbeschränkungen. Viele Menschen werden in ihrem direkten Lebens- und Wohnumfeld durch die unerträgliche Normalität von Antisemitismus und Rassismus massiv verletzt, bedroht und gedemütigt“, sagt Robert Kusche vom Vorstand des VBRG e.V. Neben Rassismus und Rechtsextremismus in den Polizeibehörden muss auch die Justiz stärker in den Fokus genommen werden. „Wir ziehen mehr als zwei Jahre nach dem 19. Februar 2020 eine bittere Bilanz: Die Versprechen der Politik an uns als Hinterbliebene und Überlebende des Attentats von Hanau sind immer noch nicht erfüllt“, kritisiert Said Etris Hashemi, Bruder von Said Nesar Hashemi, Überlebender und Hinterbliebener des Attentats vom 19. Februar in Hanau.

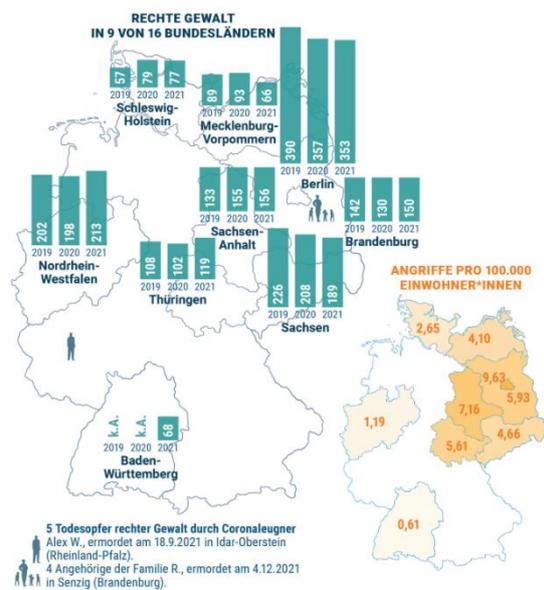
In 2021 starben der 20-jährige Tankstellenmitarbeiter Alex W. in Idar-Oberstein (Rheinland-Pfalz) sowie drei Kinder und ihre Mutter in Senzig (Brandenburg) bei rechts motivierten Tötungsdelikten durch bewaffnete Anhänger von Verschwörungsideologien und der Coronaleugner-Bewegung. Damit haben 17 Menschen seit 2019 durch Rechtsterrorismus, Rassismus und rechte Gewalt ihr Leben verloren. Die Angehörigen und die Überlebenden der rechtsterroristischen Attentate kämpfen weiterhin mit gravierenden Konsequenzen. „Der vielfach von Rassismus geprägte Umgang mit den Betroffenen durch Polizei und Justiz sowie rechtsextreme Netzwerke und Gruppen in Sicherheitsbehörden verstärken die Unsicherheit bei vielen Menschen“, sagt Robert Kusche. Die im VBRG e.V. zusammengeschlossenen Beratungsstellen haben für das Jahr 2021 ein anhaltend hohes Niveau von rechten Gewalttaten in den ostdeutschen Bundesländern, Baden-Württemberg, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein dokumentiert:

- Trotz monatelanger Ausgangsbeschränkungen aufgrund der Pandemie wurden 1.391 rechts, rassistisch und antisemitisch motivierte Angriffe mit 1.830 Betroffenen registriert.

- Damit wurden in mehr als der Hälfte aller Bundesländer im Jahr 2021 täglich mindestens drei bis vier Menschen Opfer rechter Gewalt.

RECHTE, RASSISTISCHE UND ANTISEMITISCHE GEWALT 2021

VERGLEICH DER BUNDESLÄNDER



- Rassismus war auch 2021 – wie schon in den Vorjahren – das bei weitem häufigste Tatmotiv. Rund zwei Drittel aller Angriffe (816 Fälle) waren rassistisch motiviert und richteten sich überwiegend gegen Menschen mit Migrations- oder Fluchterfahrungen und Schwarze Deutsche.

- Im Vergleich zu den Vorjahren wurde erneut ein Anstieg bei Angriffen gegen sogenannte politische Gegner*innen (317 Fälle) registriert.

- Unter den Betroffenen sind auch 51 Gewalttaten gegen Journalist*innen, die von der Coronaleugner-Bewegung als ‚Lügenpresse‘ diffamiert, angegriffen und bedroht wurden.

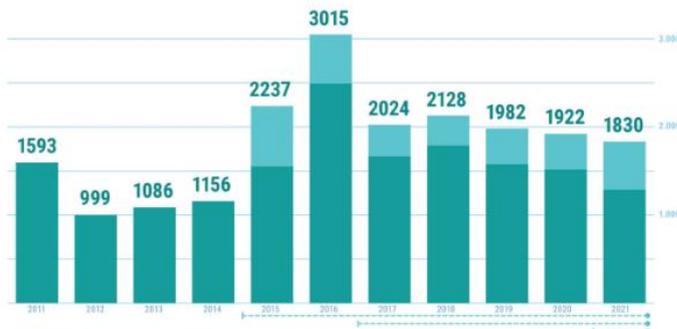
- Fast ein Sechstel der Betroffenen sind besonders schutzbedürftige Kinder und Jugendliche (288 Betroffene).

Eine bittere Bilanz:

Die Versprechen der Politik an die Hinterbliebenen und Überlebenden des Attentats von Hanau sind immer noch nicht erfüllt. „Wir erwarten von der jetzigen Bundesregierung, dass Opfer von Terrorismus endlich eine unbürokratische Grundrente mit einer angemessenen Existenzsicherung erhalten“, betont Said Etris Hashemi weiter. „Denn das derzeitige sogenannte Opferentschädigungsgesetz ist ein bürokratisches

RECHTE, RASSISTISCHE UND ANTISEMITISCHE GEWALT 2021

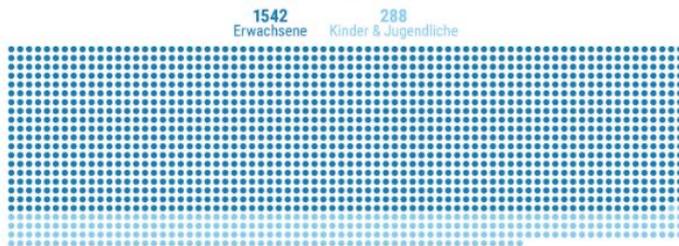
ANZAHL DER BETROFFENEN 2011 BIS 2021



Die Anzahl der direkt Betroffenen im Jahresvergleich seit 2011 – erhoben von den Opferberatungsstellen in den ostdeutschen Bundesländern und Berlin. Seit 2015 werden unabhängige Zahlen auch in Nordrhein-Westfalen erhoben, seit 2017 in Schleswig-Holstein und seit 2021 in Baden-Württemberg.

inkl. Zahlen aus Nordrhein-Westfalen (2016), Schleswig-Holstein (2017) und Baden-Württemberg (2021)

DIREKT BETROFFENE 2021



Monstrum, das abgeschafft werden muss. Dessen Bestimmungen verhindern den Aufbau von Zukunftsperspektiven und degradieren uns zu Bittstellern – wie schon zu viele andere Überlebende und Hinterbliebene, etwa des O EZ-Attentats und des Oktoberfest-Attentats.

Expert*innen warnen vor neuen rechten Bewegungen als Ausgangspunkt für rechte Gewalt und Rechtsterrorismus:

„Seit Beginn der Pandemie sehen wir eine bedrohliche Zunahme von Bewaffnung und Tag-X-Terrorplänen in den rechten Bewegungen der Coronaleugner*innen, Anhänger*innen von Verschwörungsideologien und Reichsbürger*innen. Diese hat sich im dritten Pandemiejahr noch einmal verschärft. Die Auswirkungen zeigen sich auch in der Legitimierung des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine in diesen Milieus und Netzwerken“, warnt Pia Lamberty, Sozialpsychologin und Geschäftsführerin der gemeinnützigen Organisation CeMAS – Center für Monitoring, Analyse und Strategie. Die Erfahrung von Straflosigkeit für permanente Regelbrüche und die Normalisierung von Antisemitismus und Rassismus schaffen den Nährboden für schwerste Gewalttaten insbesondere gegen Menschen, die

stellvertretend für ganze Gruppen als politische Gegner*innen angesehen werden.

Rechte Gewalt in 2021: Anstieg in Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Thüringen, hohe Angriffszahlen in sechs anderen Bundesländern:

In den ostdeutschen Bundesländern sowie in Baden-Württemberg, Berlin, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, in denen ein unabhängiges und einheitliches Monitoring rechter Gewalt durch die Opferberatungsstellen veröffentlicht wird, blieb die Anzahl der in 2021 registrierten rechten Gewalttaten im Vergleich zum Vorjahr konstant hoch. Die Entwicklung ist in den Bundesländern jedoch uneinheitlich. Gemessen an der Einwohnerzahl wurden im unabhängigen Monitoring die meisten rassistischen und rechten Gewalttaten in Berlin (9,1 Angriffe pro 100.000 Einwohner*innen), Sachsen-Anhalt (7,1 Angriffe pro 100.000 Einwohner*innen), Brandenburg (5,9 Angriffe pro 100.000 Einwohner*innen) und Thüringen (5,6 Angriffe pro 100.000 Einwohner*innen) registriert.

In Brandenburg, Thüringen und Nordrhein-Westfalen (1,9 Angriffe pro 100.000 Einwohner*innen) hat rechte Gewalt im Vergleich zum Vorjahr zugenommen.

In Berlin, Sachsen-Anhalt und Sachsen (4,6 Angriffe pro 100.000 Einwohner*innen) bleibt rechte Gewalt mit einem minimalen Rückgang auf einem anhaltend hohen und besorgniserregenden Niveau.

Alein in Mecklenburg-Vorpommern (4,1 Angriffe je 100.000 Einwohner*innen) konnte ein starker Rückgang registriert werden, der vor allem auf den nachhaltigen Vertrauensverlust in die Strafverfolgungsbehörden u.a. durch den ‚Nordkreuz‘-Komplex sowie auf die Coronamaßnahmen der letzten zwei Jahre zurückzuführen ist.

Wie schon in den Vorjahren ist die Zahl erfasster rechter Gewalttaten in westdeutschen Flächenländern wie Schleswig-Holstein (2,6 Angriffe pro 100.000 Einwohner*innen) und im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen (1,9 Angriffe pro 100.000 Einwohner*innen) und Baden-Württemberg (0,61) im Vergleich zu Ostdeutschland und Berlin geringer.

Untererfassung rechter Gewalt durch Strafverfolgungsbehörden wächst und behindert wirksame Gegenmaßnahmen:

Wie schon in den Vorjahren gehen die Opferberatungsstellen auch in 2021 von einer hohen Anzahl nicht registrierter rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten sowie von einer eklatanten Untererfassung von rassistischen, antisemitischen und rechten Tatmotivationen durch Polizei und Justiz aus. „Wir sehen mit Besorgnis, dass die Untererfassung rechter Gewalt zunimmt. Dies zeigt sich insbesondere auch bei der Verortung von Gewalttaten durch Anhänger*innen von Verschwörungsideologien und der Coronaleugner-Bewegung in der polizeilichen Kategorie ‚PMK nicht zuzuordnen/verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates‘, sagt Robert Kusche. So wird etwa der Mord an Alex W. in Idar-Oberstein durch einen Anhänger von Verschwörungsideologien nicht als politisch rechts motiviertes Tötungsdelikt anerkannt, wohingegen die tödlichen Schüsse auf vier Angehörige der Familie R. in Senzig durch einen Anhänger der Coronaleugner-Bewegung als antisemitisch motiviertes Tötungsdelikt in der Kategorie ‚PMK Rechts gewertet‘ wird. Oft ist es nur den Angegriffenen zu verdanken, dass rassistisch und rechts motivierte Gewalttaten durch Coronaleugner*innen und polizeibekanntes Rassist*innen überhaupt bekannt werden – wie etwa bei dem Angriff auf die 17-jährige Dilan S. im Februar 2022 in Berlin. „Die rassistische Täter-

RECHTE, RASSISTISCHE UND ANTISEMITISCHE GEWALT 2021

RECHTE ANGRIFFE 2011 BIS 2021

IM VERGLEICH: OPFERBERATUNGSSTELLEN UND BUNDESINNENMINISTERIUM (BMI)



Im Vergleich: Die ANGRIFFSZAHLN DER BERATUNGSSTELLEN in Ostdeutschland sowie Berlin und die BUNDESWEITE STATISTIK ‚PMK Rechts/Hasskriminalität Gewalttaten‘ des Bundesinnenministeriums*. Seit 2015 werden unabhängige Zahlen auch in Nordrhein-Westfalen erhoben, seit 2017 in Schleswig-Holstein und seit 2021 in Baden-Württemberg.

PMK Zahlen aus Nordrhein-Westfalen (2015), Schleswig-Holstein (2017) und Baden-Württemberg (2021)

*Quelle: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/download/DE/veroeffentlichungen/hasskriminalitaet/2022/pmks2021-fallzahlen-hasskriminalitaet.pdf?openstrend=712D869A3F5A4A4E47C-B095DB668A02_1_cid3647...blob-publicationFile&sr=1

Opfer-Umkehr, mit der die Polizei Berlin die Tatversion der Angreifer übernahm, ist kein Einzelfall“, betont Robert Kusche. Die nach wie vor mangel- und lückenhafte Erfassung und Anerkennung von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus als Tatmotive durch Polizei und Justiz verschleiern das Ausmaß der Bedrohung und Dimensionen rechter Gewalt und lässt die Betroffenen im Stich“, resümiert Kusche.“

Weitere Infos:
www.verband-brg.de

Rechtsextremismus bleibt die größte Bedrohung für die Demokratie

Statistik zur Politisch motivierten Kriminalität 2021

Das Bundesinnenministerium teilt mit: „Die Zahl der politisch motivierten Straftaten ist im Jahr 2021 erneut deutlich um über 23 Prozent auf 55.048 Delikte angestiegen. Damit befindet sich die politisch motivierte Kriminalität auf dem höchsten Stand seit Einführung der Statistik im Jahr 2001. Auch die Zahl der politisch motivierten Gewalttaten ist um 16 Prozent auf 3.889 Delikte angestiegen. Der Gesamtzuwachs ist vor allem eine Folge der besonders stark gestiegenen Straftaten, die nicht den klassischen Bereichen der politisch rechts oder politisch links motivierten Kriminalität zuzuordnen sind. Mit 21.339 erfassten Fällen machen diese Taten inzwischen fast 40 Prozent der gesamten politisch motivierten Straftaten aus. Das zeigt, dass die Tathintergründe diffuser und vielfältiger geworden sind. Ein wesentlicher Teil dieser Taten ist im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie erfasst worden (7.142 Straftaten). Zudem wurden im Zusammenhang mit Wahlen, insbesondere der Bundestagswahl 2021, 7.298 Straftaten registriert.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser: ‚Wir müssen unsere Demokratie mit aller Kraft schützen. Die politisch motivierte Kriminalität ist ein Gradmesser für die Intensität von gesellschaftlichen Konflikten. Wir haben 2021 sehr viele Straftaten im Zuge der Corona-Proteste registriert – bis hin zu exzessiven Gewaltdelikten. Der furchtbare Höhepunkt dieser Gewalt war der Mord an der Tankstelle in Idar-Oberstein durch einen Mann, der das Tragen einer Maske verweigerte.

41 Prozent aller Opfer politisch motivierter Gewalttaten wurden 2021 von Rechtsextremisten attackiert. Das zeigt: Der Rechtsextremismus ist die größte extremistische Bedrohung für unsere Demokratie und die größte extremistische Gefahr für Menschen in unserem Land. Mit unserem Aktionsplan gegen Rechtsextremismus haben wir die Gangart deutlich verschärft. Die Sicherheitsbehörden haben jüngst mehrfach sehr konsequent zugeschlagen. Wir müssen die Spirale von Hass und Gewalt stoppen.

Die massiv steigende Zahl antisemitischer Straftaten um noch einmal 29 Prozent macht mir größte Sorgen. Es ist eine Schande für unser Land, wie viel antisemitische Hetze und Menschenverachtung auch heute verbreitet wird. Es ist beschämend, wie der Völkermord an den europäischen Juden von manchen Corona-Leugnern, die sich einen gelben Stern anheften, verharmlost wurde. Immer wieder werden Juden als Schuldige gesucht. Zugleich sehen wir einen

immer lauterem und immer stärker sichtbarem islamistisch geprägtem Antisemitismus, der Hass gegen Juden und gegen den Staat Israel offen propagiert. Das erfordert ein sehr konsequentes Einschreiten der Polizei. Antisemitische Straftaten müssen für die Täter deutlich spürbare Konsequenzen haben. Wir sind uns unserer Verantwortung bewusst, Antisemitismus mit aller Kraft zu bekämpfen und Jüdinnen und Juden zu schützen.

Auch im Linksextremismus gibt es keinen Grund zur Entwarnung. Gegen linksextreme Gewalt müssen wir weiter sehr konsequent vorgehen. Besonders im Blick haben wir den G7-Gipfel Ende Juni auf Schloss Elmau, den wir konsequent vor linksextremem Randal und Gewalt schützen werden.’

Holger Münch, Präsident des Bundeskriminalamts: ‚Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität haben sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Der neue Höchststand und die Zunahme nicht zuordenbarer PMK-Straftaten im vergangenen Jahr spiegeln dabei auch zunehmende gesellschaftliche Spannungen sowie daraus resultierende Polarisierungs- und Radikalisierungstendenzen in Teilen der Bevölkerung wider, die das gesellschaftliche Miteinander, den Rechtsstaat und die wehrhafte Demokratie erheblich herausfordern.

Die Polizei in Bund und Ländern hat alle Phänomenbereiche der politisch motivierten Kriminalität im Blick, passt die Bekämpfungsstrategien ständig an und entwickelt diese fort. Ein Beispiel hierfür ist das Instrument ‚RADAR-rechts‘, mit dem wir ab dem heutigen Tage rechte Gefährder und relevante Personen standardisiert bewerten. Die daraus resultierenden Bewertungen dienen als Basis, diesen Personenkreis – bundesweit vergleichbar und koordiniert – mit Maßnahmen zu belegen.’

Die meisten politisch motivierten Straftaten wurden auch im Jahr 2021 im Phänomenbereich ‚PMK rechts‘ begangen. Nach dem Höchststand im Jahr 2020 sind die Fallzahlen um rund sieben Prozent auf 21.964 Straftaten gesunken. Allerdings wurden im vergangenen Jahr 41 Prozent der insgesamt erfassten Opfer von Gewalttaten von rechtmotivierten Tätern verletzt. Insgesamt liegt die Anzahl der rechtsextremen Gewalttaten bei 1.042 (gegenüber 1.092 im Vorjahr). Das bestätigt erneut, dass die größte extremistische Bedrohung vom Rechtsextremisten ausgeht.

Im Bereich der Hasskriminalität hat sich eine leichte Zunahme um rund zwei Prozent auf

10.501 gezeigt. Vier von fünf dieser Straftaten wurden im Phänomenbereich ‚PMK rechts‘ begangen.

Auch im Themenfeld ‚Reichsbürger/Selbstverwalter‘ sind die Fallzahlen stark auf 1.335 Straftaten angestiegen. Dies entspricht einer Zunahme um rund 73 Prozent. Die Zahl der Gewalttaten hat sich auf 239 Delikte etwa verdoppelt. Die Landesbehörden haben zwischen 2016 und dem Ende des vergangenen Jahres 1.050 waffenrechtliche Erlaubnisse im Phänomenbereich ‚Reichsbürger‘ und ‚Selbstverwalter‘ entzogen.

Besonders besorgniserregend ist der Anstieg der antisemitischen Straftaten um 29 Prozent auf den Höchststand von 3.027 Straftaten. 84 Prozent dieser Straftaten wurden im Phänomenbereich ‚PMK rechts‘ verzeichnet. Bei rund 61 Prozent der antisemitischen Delikte handelt es sich um Volksverhetzungen (+ 40 Prozent), von denen wiederum die Hälfte im Internet verübt wurde. Ungefähr die Hälfte der antisemitischen Straftaten wurden im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie begangen. Auffällig ist aber auch der islamistisch geprägte Antisemitismus, der Hass gegen Juden und gegen den Staat Israel offen propagiert.

Im Phänomenbereich ‚PMK links‘ ist die Zahl der Delikte um rund 8 Prozent auf etwa 10.113 Straftaten gesunken. Bei den Gewalttaten haben die Polizeibehörden einen Rückgang um etwa 21 Prozent auf rund 1.203 Delikte registriert. Der Rückgang ist insbesondere auf einen coronabedingten weitgehenden Verzicht auf

Großveranstaltungen im linken Spektrum zurückzuführen. Nach wie vor ist jedoch von einer besonders hohen Gewaltbereitschaft auszugehen, wie der hohe Anteil von Gewalttaten von rund 12 Prozent belegt.

Im Phänomenbereich ‚PMK ausländische Ideologie‘ wurde ein Zuwachs um 14 Prozent auf 1.153 Straftaten registriert, davon 140 Gewalttaten (2020: 113). Ursächlich sind insbesondere Resonanzstraftaten im Zusammenhang mit dem Israel-Palästina-Konflikt und einem Anstieg der Veranstaltungen im Themenkomplex Türkei/Kurden/PKK. Die Fallzahlen im Phänomenbereich ‚PMK religiöse Ideologie‘ entsprachen mit 479 Delikten etwa dem Vorjahresniveau. Die Anzahl der Gewalttaten nahm hier um rund 40 Prozent auf 60 Fälle zu.

Im Themenfeld ‚Geschlecht/ sexuelle Identität‘ wurden 340 Delikte an das Bundeskriminalamt gemeldet. Das entspricht einem Anstieg um 66 Prozent. Bei den Gewaltdelikten wurde ein Zuwachs um 42,5 Prozent registriert. Auch im Themenfeld ‚Sexuelle Orientierung‘, in dem homophobe Straftaten erfasst werden, sind die Fallzahlen um rund 50 Prozent auf 870 Delikte angestiegen. Die 164 Gewalttaten in diesem Themenfeld bewegen sich etwa auf Vorjahresniveau. Bei diesen beiden Themenfeldern ist jedoch von einer besonders hohen Dunkelziffer auszugehen.“

Die Statistik zur Politisch motivierten Kriminalität 2021 zum Download unter:
www.bmi.bund.de/pmk2021

Verfassungsfeinde in Sicherheitsbehörden erkennen und bekämpfen Lagebericht Rechtsextremisten, „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ in Sicherheitsbehörden

Das Bundesinnenministerium teilt anlässlich der Vorstellung des Lageberichts im Mai 2022 mit: Bundesinnenministerin Nancy Faeser: ‚Wir lassen nicht zu, dass unser demokratischer Rechtsstaat von innen heraus von Rechtsextremisten sabotiert wird. Das schulden wir auch der ganz überwiegenden Mehrzahl der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Ihr Ruf darf nicht unter wenigen Extremisten leiden. Wenn die Integrität der Sicherheitsbehörden beschädigt wird, dann ist dies besonders gefährlich für Rechtsstaat und Demokratie. Daher muss jeder Extremismusfall klare Konsequenzen haben. Dafür müssen wir in Bund und Ländern alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen – und

dort, wo es nötig ist, die rechtlichen Instrumente nachschärfen. Einen Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesdisziplinargesetzes werde ich noch in diesem Jahr vorlegen. Wir werden Verfassungsfeinde schneller als bisher aus dem öffentlichen Dienst entfernen. Zudem werden wir die Prävention weiter stärken: bei der Personalauswahl, mit Schulungen und mit Ansprechstellen in den Behörden.‘

Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz: ‚Für Rechtsextremisten, ‚Reichsbürger‘ und ‚Selbstverwalter‘ ist kein Platz in Sicherheitsbehörden. Solche Vorfälle erschüttern das Vertrauen in unseren Staat und sind ein Schlag ins Gesicht für diejenigen Beschäftigten, die fest mit beiden Füßen auf

dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen. Der Lagebericht ist Ergebnis einer gelungenen Zusammenarbeit der beteiligten Landes- und Bundesbehörden und bietet eine einheitliche, valide und vergleichbare Datenbasis. Es ist erschreckend, dass bei den Personen, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorliegen, über 60 Prozent Verbindungen in Form von z.B. Chatgruppen oder persönlichen Kontakten zur rechtsextremistischen Szene haben. Dies behalten wir genau im Blick. Umso erfreulicher ist, dass wir das Dunkelfeld weiter aufhellen und eine erhöhte Sensibilisierung für dieses Thema erreichen konnten.'

Der Lagebericht ist eine Weiterentwicklung des erstmals im Oktober 2020 vorgestellten Lageberichts. Er führt die quantitative Erhebung fort und legt zusätzlich einen Fokus auf die Analyse möglicher Kennlinien der bearbeiteten Fälle zu einschlägigen rechtsextremistischen Akteuren. Der Bericht umfasst einen Erhebungszeitraum von Juli 2018 bis Juni 2021. In dieser Zeit wurden insgesamt 860 Fälle ausgewertet, davon 176 Fälle bei Bundessicherheitsbehörden und 684 Fälle bei Landessicherheitsbehörden. Zu den Bundessicherheitsbehörden zählen unter anderem die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt, die Bundestagspolizei, der Zoll, der Bundesnachrichtendienst und die Bundeswehr mit insgesamt 355.100 Beschäftigten. Bei 327 Bediensteten (38 Prozent der geprüften Fälle) wurden tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung festgestellt. Dabei handelt es sich um 138 Fälle auf Bundes- sowie 189 Fälle auf Landesebene.

Als Konsequenz aus diesen Fällen wurden im Berichtszeitraum 500 arbeits- und disziplinarrechtliche Maßnahmen eingeleitet. Damit ist die Zahl der Fälle im Vergleich zum ersten Lagebericht angestiegen. Der Anstieg ist zum einen der Aufnahme der Fälle aus dem 'Reichsbürger'- und 'Selbstverwalter'-Spektrum und

der Integration der Fälle aus der Bundeswehr geschuldet. Zum anderen konnte auch das Dunkelfeld weiter aufgehellt werden. Durch die intensivere Zusammenarbeit und die weiterentwickelten Methoden konnten auch Fälle detektiert werden, die dem Verfassungsschutzverbund bislang unbekannt waren. Zudem führt die gesteigerte Sensibilisierung für das Thema zu einer niedrighwelligeren Aufnahme der Bearbeitung in den Sicherheitsbehörden.

Neu im Lagebericht ist, dass durch die personenscharfe Übermittlung eine genauere Analyse von Kennlinien der betroffenen Bediensteten in die rechtsextremistische und 'Reichsbürger'- und 'Selbstverwalter'-Szene möglich ist. 201 Bedienstete, bei denen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorliegen, haben Kennverhältnisse zu insgesamt 765 im Verfassungsschutz bereits bekannten extremistischen Akteuren, wie Personen, Organisationen, aber auch Chatgruppen. Hier ist es besonders wichtig, genau hinzuschauen.

Dem Lagebild liegt ein bundesweit einheitlicher standardisierter Erhebungsprozess zugrunde, an dem sich alle Landesbehörden für Verfassungsschutz, Landespolizeien sowie die Bundessicherheitsbehörden (einschließlich des Militärischen Abschirmdiensts für den Bereich der Bundeswehr) unter Federführung des Bundesamtes für Verfassungsschutz beteiligten. So wurde eine valide und vergleichbare Datenbasis geschaffen. Die Beschäftigungsbehörden meldeten personenscharf Fälle, für die im Erhebungszeitraum arbeits- oder dienstrechtliche Verfahren/Maßnahmen wegen möglicher Bezüge zu diesen Phänomenbereichen eingeleitet wurden. Diese Fälle wurden von den Verfassungsschutzbehörden auf tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung geprüft."

Das Lagebild zum Download unter:
www.verfassungsschutz.de

Rassistische Realitäten

Ergebnisse des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) teilt mit: „Rassistische Vorstellungen sind in Deutschland zwar noch immer weit verbreitet. Es gibt aber auch ein breites Bewusstsein, dass Rassismus existiert und viele Menschen sind bereit, sich aktiv

gegen Rassismus zu engagieren. Das zeigt die Auftaktstudie zum Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitor (NaDiRa) 'Rassistische Realitäten – wie setzt sich Deutschland mit Rassismus auseinander?' des DeZIM. Die Ergebnisse der Studie stellte Bundesfamilienministerin

Lisa Paus im Mai gemeinsam mit den beiden Direktoren des DeZIM, Prof. Dr. Naika Foroutan und Prof. Dr. Frank Kalter, in Berlin vor. Bundesfamilienministerin Paus: ‚Extremismus und Rassismus gehen uns alle an! Spätestens die Anschläge von Halle und Hanau haben klar gemacht, dass Rassismus in Deutschland Menschen das Leben kostet. Viele Menschen treten Rassismus bereits entgegen, ob auf der Straße, in der Schule oder Arbeitsplatz. Und viele Menschen sind bereit, sich gegen Rassismus zu engagieren. Das zeigen die ersten Ergebnisse des NaDiRa. An dieses Engagement werden wir beim Kampf gegen Rassismus anknüpfen. Mit unserem Programm ‘Demokratie Leben!’ fördern wir bundesweit mehr als 600 Projekte und Initiativen, darunter viele, die sich gegen Rassismus engagieren und Betroffenen Unterstützung bieten. Mit dem geplanten Demokratiefördergesetz werden wir den Bund gesetzlich verpflichten, die Strukturen für das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Extremismus und Rassismus dauerhafter zu machen. So verstärken wir den Kampf für Demokratie und Vielfalt und gegen Extremismus und Rassismus. Dafür brauchen wir auch den NaDiRa, denn er erhebt regelmäßig Daten, die wir für eine evidenzbasierte anti-rassistische Politik benötigen.‘

Die Direktorin des DeZIM-Instituts, Prof. Dr. Naika Foroutan: ‚Rassismus ist Alltag in Deutschland. Er betrifft nicht nur Minderheiten, sondern die gesamte Gesellschaft, direkt oder indirekt. Das Thema beschäftigt die Menschen emotional, wühlt sie auf und lässt sie über lange Zeit nicht mehr los, wie unsere Studie zeigt. So sagen etwa 70 Prozent aller Menschen, die schon einmal rassistische Vorfälle beobachtet haben, dieses Erlebnis habe sie emotional aufgewühlt, und 80 Prozent denken immer wieder über solche Erlebnisse nach. Auch struktureller und institutioneller Rassismus wird von vielen Menschen als Problem gesehen. Rassistische Benachteiligungen werden besonders häufig in den Lebensbereichen Schule, Arbeit und Wohnen erkannt. Das Thema sollte daher von der Politik offensiv und langfristig angegangen werden. Unsere Studie zeigt, dass ein großer Teil der deutschen Bevölkerung das unterstützen würde.‘

Der Direktor des DeZIM-Instituts, Prof. Dr. Frank Kalter: ‚Die Menschen in Deutschland gehen mit dem Thema sehr unterschiedlich um. Ein Teil wehrt eine kritische Auseinandersetzung mit verschiedenen Argumentationen und Mechanismen ab. Knapp die Hälfte der Bevölkerung findet, dass Rassismusvorwürfe und ‚politische Korrektheit‘ die Meinungsfreiheit einschränken



würden. Unsere Daten zeigen, dass diese Abwehr vor allem aus der alters- und bildungsmäßigen Mitte der Gesellschaft kommt. Erstaunlich viele Menschen in Deutschland – fast die Hälfte – glauben auch noch immer an die Existenz menschlicher ‚Rassen‘, obwohl die Wissenschaft schon lange das Gegenteil belegt hat. Das zeigt, dass hier noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten ist. Hier müssen insbesondere auch die älteren Jahrgänge erreicht werden.‘

Für die Auftaktstudie haben die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen des DeZIM-Instituts untersucht, wie sich Deutschland mit Rassismus auseinandersetzt. Von April bis August 2021 haben sie dazu eine umfangreiche, repräsentative Befragung der deutschen Bevölkerung durchgeführt, für die rund 5000 Personen telefonisch interviewt wurden.

Zentrale Ergebnisse der Studie:

- Insgesamt sind zwei Drittel der Bevölkerung schon einmal mit Rassismus in Berührung gekommen – durch eigene Erfahrungen, Beobachtungen oder Schilderungen aus dem näheren Umfeld
- Mehr als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung (22 Prozent) hat nach eigener Aussage selbst schon Rassismus erfahren.
- 45 Prozent der Befragten haben schon einmal einen rassistischen Vorfall beobachtet.
- Es gibt eine hohe Sensibilität für Rassismus im Alltag: Mehr als die Hälfte der Befragten beurteilt typische Situationen, in denen rassistische Diskriminierung eine Rolle spielt nicht als unfair, sondern als rassistisch.‘
- Eine Mehrheit (65 Prozent) ist der Meinung, dass es in deutschen Behörden rassistische Diskriminierung gibt.
- Es gibt eine hohe Sensibilität für Rassismus im Alltag: Mehr als die Hälfte der Befragten beurteilt typische Situationen, in denen rassistische Diskriminierung eine Rolle spielt nicht als unfair, sondern als rassistisch.‘
- Ein Großteil der Bevölkerung (70 Prozent) ist potenziell bereit, sich auf unterschiedliche Weise gegen Rassismus zu engagieren.‘

Die Studie zum Download unter:

www.rassismusmonitor.de/studie-rassistische-realitaeten

Antisemitismus in Deutschland

AJC Berlin veröffentlicht Ergebnisse einer repräsentativen Studie



Im Rahmen einer Pressekonferenz veröffentlichte das American Jewish Committee (AJC) Berlin am 10. Mai 2022 die Ergebnisse einer vom Institut für Demoskopie Allensbach durchgeführten repräsentativen Studie zum Thema ‚Antisemitismus in Deutschland‘. Zentrales Anliegen, die Untersuchung in Auftrag zu geben, lag laut dem Direktor des AJC Berlin, Dr. Remko Leemhuis, darin, dass man besser verstehen wollte, „wie weit verbreitet antisemitische Einstellungen in der deutschen Gesellschaft sind.“

Befragt wurden insgesamt 1.586 über-18-Jährige in einem Zeitraum zwischen Dezember 2021 und Januar 2022. Im Ergebnis zeigen sich viele Befunde, die jene von Studien der letzten Jahre bzw. Jahrzehnte bestätigen und die darauf verweisen, dass Antisemitismus in der gesamten deutschen Gesellschaft weit verbreitet ist. So stimmten bspw. 18 bis 23 Prozent der „Bevölkerung insgesamt“ jenen antisemitischen Aussagen zu, in denen Jüdinnen*Juden mit einer (Über-)Macht in der Wirtschaft, im Finanzwesen und in der Politik assoziiert werden.

Des Weiteren stellen die Forscher*innen fest, dass ein enger Zusammenhang zwischen antisemitischen Denkmustern und der Haltung gegenüber dem Staat Israel existiert: „Personen, die ein schlechtes Bild vom Staat Israel haben, äußern sich durchweg kritischer gegenüber Juden als Personen, die eine positive oder neutrale Meinung vom Staat Israel haben“ (14).

Spannend sind darüber hinaus insbesondere die Befunde dahingehend, dass eine Mehrheit der Befragten Antisemitismus als „weit verbreitetes Phänomen“ (6) wahrnimmt, was als Beleg für eine zunehmende Sensibilität der Gesamtbevölkerung gegenüber Antisemitismus als aktueller und überaus realer Bedrohung von Jüdinnen*Juden sowie der Demokratie interpretiert werden kann. Offensichtlich setzt sich die wichtige Erkenntnis mehr und mehr durch, dass Antisemitismus ein ernsthaftes Problem in Deutschland ist, das ernst genommen werden muss.

Ähnlich wie u.a. in einer vor kurzem veröffentlichten Antisemitismus-Studie des World Jewish Congress (WJC) wird in der Untersuchung des AJC neben anderem auch nach Anhänger*innen unterschiedlicher Parteien unterschieden. In beiden Studien stechen jene der AfD heraus, bei

denen die Zustimmungswerte zu antisemitischen Aussagen im Vergleich zu anderen „besonders ausgeprägt“ (23) sind.

Kritisch anzumerken ist die im Vorwort aufgenommene und irritierende Aussage, dass in der Studie „[i]m Gegensatz zu vielen bisherigen Studien [...] auch die Einstellungen von Musliminnen und Muslimen in Deutschland abgefragt“ werden. Mit Blick auf die Forschung zeigt sich, dass diese Feststellung nicht zutreffend ist; seit mindestens 15 Jahren existieren zu formal muslimischen Menschen in Deutschland Daten in diesem Themenfeld (vgl. als Überblick u.a. Hößl 2020: 14ff.) – und diese kommen, ebenso wie die AJC-Studie, in weitgehender Übereinstimmung zu dem Ergebnis, dass die sich als Muslim*innen definierenden Befragten zu höheren Prozentzahlen antisemitischen Aussagen zustimmen, als andere ‚Gruppen‘, die für Vergleiche herangezogen wurden. Leider ermöglicht die AJC-Studie hier kaum weitere, vertiefende Betrachtungen und Differenzierungen. Welcher Glaubensströmung sich die einer so in der Realität nicht existierenden Großgruppe „Muslime“ zugeordneten Befragten zurechnen, aus welchem Land sie oder ihre Familie stammen und wie lange sie bereits in Deutschland leben, wird ebenso wenig analysiert, wie die Frage danach erörtert wird, inwiefern der Religionsbezug überhaupt in einer (kausalen) Beziehung zur Beantwortung antisemitischer Items steht.

So ist durchaus denkbar, dass Faktoren wie bspw. die politische oder nationale Selbstidentifikation sowie auch sozioökonomische Aspekte einen Einfluss auf das Antwortverhalten hatten; ggf. einen viel größeren als eine Selbstidentifizierung als ‚Muslim*in‘. Leider wurden die Möglichkeiten, in Bezug auf diese Aspekte differenzierte Erkenntnisse zu erzielen, nicht weiterverfolgt. (hoe)

Die Studie zum Download unter:

<https://ajcgermany.org/de/broschuere/antisemitismus-deutschland-eine-repraesentativbefragung>

Weitere Quellen:

PM AJC: <https://ajcgermany.org/de/kommentar/pressemittteilung-das-ajc-berlin-veroeffentlicht-die-repraesentativbefragung>

WJC-Studie: <https://wjc-org-website.s3.amazonaws.com/horizon/assets/5qfkoool9/220127-wjc-anti-semitism-survey-germany.pdf>

Hößl, Stefan E. (2020): Antisemitismus unter ‚muslimischen Jugendlichen‘. Empirische Perspektiven auf Antisemitismus im Zusammenhang mit Religiösem im Denken und Wahrnehmen Jugendlicher. Wiesbaden.

Autoritäten im Wandel- Film zu den Corona-Protessen

Das Projekt „GegenPart“ teilt mit: „In den letzten Jahren mehren sich die Rufe nach einer starken Hand. Autoritäre Strömungen und Bewegungen werden lauter und zahlreicher und dies nicht erst im Zuge der sogenannten Corona-Protessen. In Zusammenarbeit mit Studierenden der Hochschule Merseburg ist im Laufe des letzten Jahres ein wissenschaftliches Videoessay entstanden, in dem unter anderem folgenden Fragen nachgegangen wird:

Was ist das Konzept der autoritären Persönlichkeit?

Wie haben sich Konzeptionen von Autorität gewandelt und wie sehen autoritäre Strömungen heute aus?

Wie und wo findet sie sich in den aktuellen Corona-Protessen wieder?

Wie sind diese Protessen am Beispiel der Lutherstadt Wittenberg einzuschätzen?

Wie können Angehörige von Verschwörungsgläubigen mit ihnen umgehen?

Welche Unterstützungsmöglichkeiten bietet die ‚Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und für demokratische Kultur‘ im Umgang mit diesen und darüber hinaus?

*Welche Konsequenzen haben diese Protessen und, daran anknüpfend, die Verbreitung von Verschwörungsideologien, Antisemitismus und Rassismus für die demokratische Zivilgesellschaft?**

Film von Joris Grahl und Pascal Nitzsche in Zusammenarbeit mit GegenPart unter:
<https://www.projektgegenpart.de/index.php/2949-pressemittteilung-autoritaeten-im-wandel-zur-reformation-autoritaerer-strukturen-in-der-coronakrise>



Die Fallstricke der Berichterstattung AntiDiskriminierungsbüro Köln veröffentlicht zweite Auflage des rassistisch-kritischen Leitfadens für Journalist*innen



Das AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln teilt mit: „Sprache schafft Wirklichkeit“. Diese Überschrift trägt die zweite Auflage des neu erschienenen Leitfadens für einen rassistisch-kritischen Sprachgebrauch zur Handreichung für Journalist_innen, den das ADB Köln nun herausgegeben hat.

Auf 64 Seiten beleuchtet die Handreichung die Berichterstattung über unter-

schiedliche Personengruppen, zeigt die Auswirkungen rassistischer Berichterstattung auf und gibt praxisnahe Tipps, wie versehentliche Diskriminierungen vermieden werden können. Sie zeigt auch, wie die vorherrschenden Bilder über Schwarze Menschen, Sinti_ze und Rom_nja sowie muslimische Menschen entstanden sind. ‚Sprache kann gewaltvoll und verletzend sein.‘ erklärt Ilka Simon, Referentin und Koordinatorin

für Antidiskriminierungsarbeit des ADB Köln. ‚Der Leitfaden soll interessierten Journalist_innen dabei unterstützen, eigene Bilder und Vorgehensweisen zu hinterfragen und so verletzender Sprache keinen Raum zu geben.‘ Dabei klage der Leitfaden nicht an, sondern gebe Denkanstöße und praktische Handlungsanweisungen, so Simon. Dem Leitfaden ist ein Glossar beigelegt, welches diskriminierende Begrifflichkeiten benennt und mögliche Alternativlösungen anbietet.

Das AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln in Trägerschaft des Vereins Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V., setzt sich seit 1995 aktiv dafür ein, eine Kultur der Gleichbehandlung zu verwirklichen. Das Büro berät und begleitet Menschen, die von rassistischer Diskriminierung betroffen sind, und engagiert sich im Bereich der Empowerment- und Verbündetenarbeit.“

Der Leitfaden zum Download:
https://www.oegg.de/wp-content/uploads/2022/05/Leitfaden_2Auflage_12_web.pdf

„Da war doch was“

Rassismuskritische Bildungsmaterialien zum Solinger Brandanschlag

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung NRW/ Fachbereich Re_Struct teilt mit: „Seit Anfang der 1990er-Jahre ist es in Deutschland zu zahlreichen rassistischen, antisemitischen und extrem rechten Gewalttaten gekommen. Die Historie hat jedoch mehr als eine 40-jährige Kontinuität, die bis heute nicht angemessen erforscht und dokumentiert ist. Der Brandanschlag am 29. Mai 1993, der nun 29 Jahre zurückliegt und durch den die Schwestern Saime und Hülya Genç, Hatice Genç und Gürsün İnce sowie deren Cousine Gülüstan Öztürk ums Leben gekommen sind, steht gegenwärtig stellvertretend für zahlreiche weitere Anschläge und Pogrome.“

Der Fachbereich Re_Struct des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen (IDA-NRW), in dem die Bildungsmaterialien entwickelt wurden, wird durch die Landeszentrale für politische Bildung aus Mitteln des Bundesprogramms Demokratie Leben! gefördert und hat zum Ziel, rassismuskritische und intersektionale Perspektiven für Institutionen und Träger der politischen Bildung anzuregen und weiterzuentwickeln.

Die rassismuskritischen schulischen und außerschulischen Bildungsmaterialien zum rassistischen und extrem rechten Brandanschlag in Solingen mit dem Titel „Da war doch was!“ – Der Brandanschlag in Solingen (Zitat einer Oberstufenschülerin aus Solingen) mit über 200 Seiten



Material verfolgt das Ziel, Kinder- und Jugendliche im Alter von zehn bis 18+ Jahren an den Brandanschlag zu erinnern, sie zu sensibilisieren, aufzuklären und ihr Wissen zu erweitern. Das Material kann in der Kinder- und Jugendarbeit z. B. auch in Schulen eingesetzt werden. Lehrkräfte haben die Module didaktisch und methodisch gesichtet und angepasst, damit die Ziel- und Altersgruppe auch tatsächlich erreicht wird. Ein Anliegen war, die Module vom Schwierigkeitsgrad her so anzupassen, dass sie mit Kindern und Jugendlichen aller Schulformen durchgeführt werden können. An vielen Modulen sind Jugendliche beziehungsweise junge Erwachsene – Oberstufenschüler*innen aus Solingen – konzeptionell beteiligt gewesen. Angehörige der Familie Genç haben das Projekt mit Material und Anregungen aus der Betroffenenperspektive unterstützt.

Zum Hintergrund: Rassismus ist kein Randphänomen und kein Einzelfallproblem, sondern tief in der Mitte unserer Gesellschaft verankert. Fachkräfte und Multiplikator*innen mit pädagogischer Verantwortung für Kinder- und Jugendliche stehen daher häufig vor einer großen Herausforderung. Sie sind nicht selten verunsichert und überfordert, wenn Rassismus, extrem rechte Gewalt(taten) oder Rechtsextremismus thematisiert werden. Ihnen fehlt oftmals nicht nur das nötige Hintergrundwissen, sondern in erster Linie auch konkretes Handwerkszeug wie Handlungs- und Diskussionsstrategien, um mit Kindern und Jugendlichen darüber zu sprechen. Die Bildungsmaterialien enthalten daher Bausteine und theoretische Betrachtungen zum Brandanschlag in Solingen. Die thematische Gliederung der umfangreichen Übungseinheiten erleichtert es Fachkräften und Multiplikator*innen zusätzlich, sich mit der Thematik zu befassen.

Der rassistisch motivierte Brandanschlag in Solingen war Anstoß für die Gründung und Förderung des IDA-NRW, das an das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA e. V.) angegliedert ist.“

Webseite zum Solinger Brandanschlag:
www.da-war-doch-was.de

Weitere Infos zu Re_Struct unter:
<https://www.ida-nrw.de/wir-ueber-uns/arbeits-schwerpunkte/>

Von der Krise zum Krieg

Verschwörungserzählungen über den Angriffskrieg gegen die Ukraine

Das Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CEMAS) teilt mit: „Im Research Paper ‚Von der Krise zum Krieg‘ beschäftigen wir uns mit der Frage, inwieweit sich russische Desinformation und Verschwörungserzählungen rund um den Angriffskrieg in der breiten Bevölkerung verfangen. Hierfür wurden mittels einer repräsentativen Stichprobe der deutschen Bevölkerung Daten erhoben, die Aufschluss darüber geben, wer Verschwörungserzählungen zum Ukraine-Krieg zustimmt und wer eher immun gegen diese Propaganda ist.“

Das erfreuliche Gesamtergebnis verdeutlicht, dass ein Großteil der deutschen Bevölkerung verschwörungsideologischen Aussagen im Kriegskontext ablehnend gegenübersteht. Dennoch zeigen unsere Daten Zustimmungswerte und Zusammenhänge, die es genauer zu betrachten gilt: So glaubte jede siebte Person (14,5 Prozent), dass Putin zum Sündenbock gemacht werden würde, um von den wahren Problemen abzulenken oder dass man westlichen Medien nicht mehr trauen könne, wenn sie über den Krieg in der Ukraine berichteten (13,7 Prozent).

Bemerkenswert sind auch die Daten zur Protestbereitschaft und zum Mediennutzungsverhalten der Befragten: Die Ergebnisse zeigen, dass Menschen mit hoher Protestbereitschaft zu 56 Prozent (eher) an Verschwörungserzählungen zum Krieg gegen die Ukraine glaubten, im Ver-

gleich zu Menschen mit niedriger Protestbereitschaft, unter denen es 8,6 Prozent waren, die hinter dem Krieg eine Verschwörung vermuten. Erneut konnten wir auch einen Zusammenhang mit der Informationsbeschaffung insbesondere via Telegram feststellen. Knapp 27 Prozent der Personen mit stärkerem Verschwörungsglauben nutzten Telegram täglich oder mehrfach die Woche, um sich zu informieren, während nur 6,3 Prozent mit geringer Zustimmung zu Verschwörungserzählungen Telegram als häufige Informationsquelle heranzogen.

Das CeMAS Research Paper zeigt einmal mehr: Bei den sogenannten Corona-Protesten ging es weniger um eine Kritik an den staatlichen Coronaschutzmaßnahmen, sondern um demokratiefeindliche Bestrebungen, die auch die Verharmlosung von russischen Kriegsverbrechen und die Verbreitung von russischer Propaganda miteinschließen. Das sollte auch eine Warnung für die Zukunft sein: Denn auch wenn dieser Krieg irgendwann vorbei sein wird, könnten Verschwörungsideolog:innen und Rechtsextreme künftige Krisen für weitere Hetze und gesellschaftliche Spaltungsversuche nutzen.

Download unter: https://cemas.io/publikationen/von-der-krise-zum-krieg-verschwuerungserzaehlungen-ueber-den-angriffskrieg-gegen-die-ukraine-in-der-gesellschaft/2022_05_CeMAS_ResearchPaper_Verschwuerungserzaehlungen_Ukraine.pdf

Was tun gegen Hatespeech und Cybermobbing?!

Trainingshandbuch zum Umgang mit Hass im Netz



Die Initiative „LOVE-Storm“ teilt mit: „Die Veröffentlichung ist ein praktisches und anschauliches Trainingshandbuch für alle, die Hass im Netz widerstehen und digitale Zivilcourage vermitteln wollen.“

Mit anschaulichen Beispielen und Illustrationen führen die erfahrenen Trainer*innen

in die Eigenarten digitaler Konfliktaustragung ein, geben konkrete Strategien und Tipps für den alltäglichen Umgang mit übergriffigen Botschaften und entwerfen systemische Schutzkonzepte für Schulen und Social Media Teams.

Das Buch hat 120 Seiten und kostet 16,90 Euro. Erschienen ist es im Wochenschau Verlag.“

Mehr Infos und bestellen unter: love-storm.de/trainingshandbuch-hass-im-netz

Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Handreichung der Diakonie

Die Diakonie Deutschland teilt mit: „Der Umgang mit Rechtspopulismus bleibt eine gesellschaftspolitische Herausforderung. Praktische Hinweise bietet nun die aktualisierte und erweiterte Neuauflage der Handreichung ‚Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus‘ der Diakonie Deutschland (Erstauflage: 2018).

Die 36-Seiten umfassende Broschüre gibt Tipps und Empfehlungen, um Rechtspopulismus, Diskriminierung und Verschwörungserzählungen wirksam zu begegnen. Zudem enthält sie Web-Adressen zu Beratungsstellen und Netzwerken in Diakonie und Kirche sowie viele Hinweise auf weiterführende Informationen zu Themen wie Hate Speech, Antisemitismus, Antifeminismus oder zu Angriffen auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt.

Damit wendet sich die Diakonie auch gegen jede Form von Rassismus und Antisemitismus, Ausgrenzung und anderer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Die Arbeit werde auf Basis des christlichen Menschenbildes und des Leitbildes einer solidarischen Gesellschaft ge-

leistet, so Diakonie-Präsident Ulrich Lilie in seinem Vorwort. Darum helfe die Diakonie jedem Menschen, der Hilfe braucht – auch dann, wenn die Not selbst verschuldet sei. Darum seien die Angebote der Diakonie für alle Menschen offen, unabhängig von Hautfarbe und Geschlecht, Weltanschauung und Religion. Und darum dulde die Diakonie in ihren Einrichtungen auch keine Diskriminierung.

Die sechs Kapitel behandeln Empfehlungen: zu Protokollfragen im Umgang mit rechten Positionen in Parlamenten, zum Umgang mit Klienten, ihren Angehörigen und Mitarbeitenden, zu Rechtspopulismus in Medien und Social Media, zum Umgang mit Spenden und rechten ‚Kümmerern‘, zum Umgang mit Verschwörungserzählungen sowie zum Umgang mit rechtspopulistischer Agitation gegen sexuelle Vielfalt und die Gleichwertigkeit aller Geschlechter.“

Die Handreichung zum Download unter:

https://www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie/PDFs/Broschuere_PDF/22-03-24_rechtspopulismus_DIN_A5_web.pdf

Lokale Konflikte in der Migrationsgesellschaft

Neuer Sammelband des DJI



Das Deutsche Jugendinstitut/Arbeits- und Forschungsstelle Demokratieförderung und Extremismusprävention teilt mit: „Die Auseinandersetzung um Migration und Zugehörigkeit gilt als ein zentrales Konfliktfeld unserer Gesellschaft. Insbesondere im Kontext der Fluchtzuwanderung der zurückliegenden Jahre wurden verstärkte Polarisierungstendenzen und Konflikte

entlang zuwanderungsbezogener Positionierungen problematisiert. Auf lokaler Ebene schlug sich diese Konflikthaftigkeit in sozialräumlichen Konflikten nieder, die bisweilen eskalierten und in gewalttätige Übergriffe auf Migrantinnen und Migranten sowie deren Einrichtungen und Unterstützer:innen mündeten. Dabei gelang es nicht selten rechtsextremen Akteuren, diese Konfliktergebnisse zu instrumentalisieren und lokale Bevölkerungsgruppen für fremdenfeindliche und rassistische Aktionen zu mobilisieren. Der Sammelband ‚Lokale Konflikte in der Migrationsge-

sellschaft – Konflikterscheinungen und Konfliktbearbeitung‘ in Herausgeberschaft von Sally Hohmann, Joachim Langner und Maren Zschach greift diese Entwicklungen auf und versammelt aktuelle wissenschaftliche sowie fachpraktische Perspektiven auf lokale Konflikte in der Migrationsgesellschaft. Er fragt nach den Erscheinungsformen konflikthafter Ereignisse vor Ort sowie nach Möglichkeiten, Konflikte aufzufangen und in geregelte Bearbeitungen zu überführen. Er verbindet Analysen spezifischer lokaler Konfliktkonstellationen mit kritischen Reflexionen fachlichen Handelns in der professionellen Bearbeitung von Konflikten. Damit leistet der Band einerseits einen wichtigen Beitrag zur Forschungsdiskussion im Themenfeld. Andererseits bietet er Handlungsorientierungen für Fachkräfte vor Ort, die in ihrer alltäglichen Arbeit mit lokalen Konfliktlagen in der Migrationsgesellschaft konfrontiert sind.

Der Band zum Download unter:

<https://www.dji.de/veroeffentlichungen/literatursuche/detailansicht/literatur/31979-lokale-konflikte-in-der-migrationsgesellschaft.html>

Neu in der Bibliothek

Antisemitismus in Jugendkulturen



Der Wochenschau-Verlag teilt mit: „Mit Antisemitismus in Jugendkulturen hat sich die sozialwissenschaftliche Forschung bislang nur wenig beschäftigt. Dieser Sammelband beleuchtet die Rolle und Wirkungsmacht des Antisemitismus in der Sozialisation junger Menschen und nimmt dabei unterschiedliche jugendkulturelle Kontexte in den Blick. Die Beiträge widmen sich den mal immanenten, mal subtilen Er-

scheinungsformen und Einflüssen antisemitischer Ressentiments in wichtigen Bereichen der Jugendsozialisation, darunter Sport, Musik, Gaming, Literatur und politische Subkulturen. Zudem werden die Potenziale und Grenzen von Bildungsprogrammen gegen Antisemitismus diskutiert.

Aus dem Inhalt:

Musikbezogene Jugendszenen

Jakob Baier: Antisemitismus im deutschsprachigen Gangsta-Rap. Zur Geschichte und Gegenwart eines (sub)kulturellen Phänomens

Marie Jäger, Anna Groß, Caner Ledesma Méndez: Antisemitismus und Hip-Hop in der politischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen

Maximilian Kirstein, Florian Eisheuer: Antisemitismus im Punk & Hardcore – Problematiken und Interventionsmöglichkeiten zwischen Sub- und Massenkultur

Timo Büchner: Antisemitische Codes und Stereotype im Rechtsrock

Jugendrelevante Medien

Melanie Babenhauserheide: Koolde in der Harry Potter-Heptalogie und Fan-Erzählungen – zur Anschlussfähigkeit antisemitischer Stereotype

Markus Hunold, Niels Penke: Let's play Auschwitz. Gamifizierter Antisemitismus in der Steam-Community

Vid Stevanović: Memes als Kommunikationspraxis antisemitischer Jugendkulturen: Strategien gegen eine Ästhetik der Transgression

Politik und Religion

Tim Ackermann, Mark Haarfeldt: Der Antisemitismus neurechter Jugendorganisationen am Beispiel der Identitären Bewegung

Daniel Poensgen: Zwischen Maoismus und Maskulinismus: Antisemitismus in antiimperialistischen Jugendkulturen am Beispiel des Jugendwiderstandes

Stefan Hössl: „... denn ihr tötet meine Leute dort.“ Gemeinschaftsbilder als Schlüsselkategorien antisemitismuskritischer Bildungsarbeit

Fußball

Florian Beer, Marc Grimm, Shahar Viso: Erfahrungen von jungen Juden mit Antisemitismus im Vereinsfußball

Hannes Delto, Andreas Zick: Antisemitismus und fußballaffine Jugendliche im Verein: Ausprägungen, Differenzen und Strategien für einen zivilen Umgang

Die Herausgeber:

Jakob Baier ist Politikwissenschaftler und forscht an der Universität Bielefeld zum Thema Antisemitismus in der Kulturproduktion und Verschwörungsideologien in modernen Medien. Im Rahmen seines Dissertationsprojekts beschäftigt er sich mit Antisemitismus im deutschsprachigen Gangsta-Rap.

Marc Grimm, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Prävention und Intervention im Kindes- und Jugendalter der Universität Bielefeld; Mitherausgeber der Reihe „Antisemitismus und Bildung“ im Wochenschau Verlag.“

Jakob Baier; Marc Grimm (Hg.): Antisemitismus in Jugendkulturen. Erscheinungsformen und Gegenstrategien

WOCHENSCHAU Verlag, Frankfurt/M. 2022
248 Seiten, Euro 29,90
ISBN: 978-3-7344-1142-7

Rassistische, antisemitische und extrem rechte Vorkommnisse in Köln und im Kölner Umland

„Die Rechte“ und der 8. Mai

Wie jedes Jahr organisierte der Kreisverband Rhein-Erft der neonazistischen Kleinstpartei *Die Rechte* auch am diesjährigen 8. Mai eine „Putz- und Pflegeaktion für die Gräber der gefallenen deutschen Soldaten beider Weltkriege im Rhein-Erft-Kreis und berichtete darüber auf seiner Website.

Der mit Zitaten aus der Edda (einem altisländischen Götter- und Sagenepos) garnierte Artikel wird propagandistisch mit „vorher“- und „nachher“-Bildern dekoriert. Auch wird zu einer Nachahmung der „Putz- und Pflegeaktion“ aufgerufen. Zur Pflege von deutschen Soldatengräbern eignet sich laut *Die Rechte Rhein-Erft* „gerade der 8. Mai (...) hervorragend, um auf das Schicksal derer, die dort ihre letzte Ruhe fanden, hinzuweisen“.

Der 8. Mai ist der Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht 1945 und markiert damit das Ende des Zweiten

Weltkriegs in Europa. Bis heute ist der Tag sowohl aus historischer als auch aus erinnerungspolitischer Sicht von Bedeutung. Kein Wunder, dass die extreme Rechte seit Jahren versucht, das Datum des Kriegsendes umzudeuten. Dies geschieht beispielsweise indem sie die Befreiung durch die Alliierten als „Besatzung“ und „Schrecken“ für die deutsche Bevölkerung bezeichnet. Auch die Aktion der Aktivist*innen von *Die Rechte* stellt einen altbekannten Versuch der extremen Rechten dar, eine Täter-Opfer-Umkehr vorzunehmen. Das Ende der nationalsozialistischen Diktatur als „Trauer- und Gedenktag des deutschen Volkes“ zu begehen zeigt deutlich, dass sie sich positiv auf den historischen Nationalsozialismus beziehen, die NS-Täter heroisieren und offensichtlich das Ende von Shoah, Gewaltherrschaft und Weltkrieg bedauern. Sie versuchen, die deutschen Wehrmachtssoldaten als „eigentliche Opfer“ in den Fokus zu rücken, die NS-Verbrechen zu relativieren und die Schuld zu negieren. (dp)

Rassistischer Brandanschlag in Windeck

In der Nacht auf den 22. Mai 2022 brannten in dem kleinen Dörfchen Windeck-Rosbach ein Hausanbau sowie einen Schuppen. Im Hausanbau befanden sich Gasanschlüsse und Benzin für einen Rasenmäher. Auch wenn das zu dem Anbau gehörende Wohnhaus nicht durch das Feuer direkt betroffen war, mussten Gas- und Wasserleitungen gesperrt werden. Die dort lebende Familie (eine Mutter mit vier Kindern) musste das Haus verlassen. Zeug*innen beschrieben Personen, die in drei Autos von dem Anschlagort flüchteten. Dabei sollen sie „Heil Hitler“ sowie rassistische Todesdrohungen gerufen haben. Der Staatsschutz ermittelt.

Dies ist bereits der sechste vermutete Brandanschlag in der Region zwischen dem Oberbergischen Kreis, dem Rhein-Sieg-Kreis sowie dem Westerwald in Rheinland-Pfalz. Am 26. November 2021 wurde ein Brandanschlag auf das Gesundheitsamt in Altenkirchen (RLP) verübt sowie am 7. Januar 2022 auf das Rathaus der Verbandsgemeinde Altenkirchen-Flammersfeld. In beiden Fällen wurde ein Zusammenhang mit

den Corona-Schutzmaßnahmen und den sogenannten „Montagsspaziergängen“ vermutet. Gleiches gilt für einen Brandanschlag am 10. März 2022 in Waldbröl – dort stellte eine Corona-Teststation das Ziel dar. Ebenfalls in Waldbröl brannten am 25. April 2022 zwei Lagerhallen aus, ob es sich dort auch um Brandstiftung handelte ist unklar. Ein Motiv ist hier derzeit nicht erkennbar.

Und zuletzt nun der öffentlich bekanntgewordene Anschlag in Windeck. Windeck und gerade Rosbach standen schon einmal im Fokus rechter Agitation. So fand hier 2009 eine Demonstration der aus dem extrem rechten Spektrum kommenden „Autonomen Nationalisten“ statt. Die *AG Windeck* verbreitete Hetze, Angst und Gewalt. Auch eine WG neonazistischer Aktivisten war bekannt.

Im Dreiländereck zwischen Hessen, Rheinland-Pfalz und NRW gab es mehrere rechte Zusammenschlüsse wie die *Kameradschaft Westerwald*, das *Aktionsbüro Mittelrhein*, die *Freien*

Nationalisten Siegerland und die *Freie Kameradschaft Oberberg*. Darüber hinaus gab es diverse andere Gruppen der „Autonomen Nationalisten“. Die gewaltbereiten organisierten Neonazistrukturen waren sowohl untereinander als auch vor allem mit der NPD gut vernetzt.

Der sogenannte *Freundeskreis Rhein-Sieg* rund um Frank Kraemer, Melanie Dittmer, die inzwischen im Westerwald wohnt, und dem rechten Kampfsportler Alexander Kerper aus Windeck (früher Mitglied der *AG Windeck*) machte noch 2017 Schlagzeilen, als seine Aktivist*innen in

vermeintlich harmloser und bürgerlicher Inszenierung in Altwindeck eine Sitzbank aufstellten.

Auch wenn die Aktivitäten in den letzten Jahren zurückgegangen sind, so leben immer noch zahlreiche rechte Aktivist*innen im ländlichen Raum zwischen Rhein-Sieg-Kreis, Westerwald, dem Oberbergischen und dem Siegerland. In direkter Nachbar*innenschaft der Familie, die vom vermutlich rassistisch motivierten Brandanschlag in Rosbach betroffen ist, wehte monatelang eine Reichskriegsflagge. (dp)

Weitere Vernetzungsarbeit von Lukreta

Die Aktivist*innen von *Lukreta*, über die im *ibs-Newsletter* schon mehrmals berichtet wurde, arbeiten weiterhin daran, sich in der rechten Szene zu vernetzen und öffentlichkeitswirksame Inszenierungen von Frauen in der extremen Rechten durchzuführen. So teilt die Gruppe seit einiger Zeit vermehrt die Beiträge einer neurechten Influencerin mit dem Pseudonym „Charlotte Corday“. Darüber hinaus nahm die neurechte Gründerin von *Lukreta*, Reinhild Boßdorf, mit „Charlotte Corday“ einen Podcast für das rechte Medienprojekt *Krautzone* auf. Dieser wurde am 1. Mai 2022 auch auf YouTube veröffentlicht.

Am 7. Mai 2022 organisierte Mary Khan-Hohloch (Lukreta Aktivistin und stellv. Bundesvorsitzende der *Jungen Alternative*) in Potsdam ein Treffen der sogenannten *Programmgruppe „Feminismus von rechts“*, wie Marie-Thérèse Kaiser von der AfD Brandenburg mitteilte. Boßdorf hielt dort einen Vortrag über die historische Entwicklung der Frauenbewegung. Bei der Gelegenheit besuchte sie außerdem in bekannter *Lukreta*-Manier eine temporäre Gedenkstätte in Berlin-Pankow, um den Femizid an Zohra G. für die eigene rassistische Agenda zu instrumentalisieren. Die geflüchtete Frau aus Afghanistan wurde am 29. April von ihrem Ex-Partner getötet. Wie am 10. Mai über Facebook, Twitter und Telegram bekannt wurde, stellte Boßdorf eine Kerze

mit *Lukreta*-Aufkleber ab. Weiter versuchte Boßdorf auf ihrem Twitter-Privataccount einen Querfront-Schulterschluss, indem sie einen Aushang der linken, antiimperialistischen Frauengruppe *ZORA/YoungStruggle* abfotografierte und postete.

Auf Telegram postete *Lukreta* am 10. Mai außerdem ein Plakat der Berliner Ausstellung „Die Deutschen des 21. Jahrhunderts“ von Oliviero Toscani. Auf diesem ist eine Schwarze Frau abgebildet. *Lukretas*-Kommentar dazu: „Ein großer Austausch findet nicht statt!“. Hier bedienen sich die Aktivist*innen offen derselben rassistischen und antisemitischen Verschwörungserzählung, welche auch die Rechtsterroristen von Utoya, Christchurch, Halle und zuletzt Buffalo zu ihren rechtsterroristischen Anschlägen motivierte.

Des Weiteren startete am 22. Mai auf allen *Lukreta*-Kanälen die Bewerbung eines sogenannten „Frauenkongresses“ am 11. Juni in Münster. Als „Redner“ [sic!] werden die bayrische AfD-MdB Gerrit Huy, die eingangs erwähnte anonyme Influencerin „Charlotte Corday“ sowie Anna Rathert, eine Rechtsanwältin, „AfD Mitglied aus Recklinghausen und dreifache Mutter“ beworben. Rathert ist gemeinsam mit Roger Beckkamp auf Videos vom September 2021 zu sehen, wo sie in Dorsten Wahlkämpfer*innen und Teilnehmer*innen einer Demonstration für Toleranz provoziert. (dp)

Naturschutz von Rechts

Es ist alles andere als neu, dass die extreme Rechte das Thema Umweltschutz für sich vereinnahmt. Dies wundert kaum, bewegte sich der Naturschutz in seiner Entstehungszeit doch oft in reaktionären, antisemitischen und anti-moderne Kontexten. Im Nationalsozialismus wurde er mit völkischer Blut- und Boden-Ideologie verknüpft und die Deutschen als Erben der Germanen als „Waldvolk“ imaginiert. Daraus ergab sich der Glaube, dass die Deutschen untrennbar mit ihren Wäldern verbunden seien und ihre Kraft aus den Wäldern ziehen würden.

Die *NPD* verwendete den Slogan „Umweltschutz ist Heimatschutz“ in ihrem Wahlprogramm, die nationalsozialistische Kleinstpartei *Dritte Weg* gründete unter ebendiesem Motto erst vor wenigen Tagen eine eigene „AG Erde und Zukunft“. Auf Frank Kraemers Blog *Der Dritte Blickwinkel* berichtete der Autor Michael P. am 3. Februar 2022 unter dem Titel „Naturschutz ist Heimatschutz“ von Aufräumaktionen im Wald. Doch auch Akteur*innen der Neuen Rechten und ihr Umfeld nutzen die Parolen.

Wie Jannis Pfendtner auf *der freitag online* herausstellte, gibt es mit *Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz* sogar eine eigene Zeitschrift zum Thema. Diese gründete sich direkt nach dem Ende der *NPD*-nahen Zeitschrift *Umwelt & Aktiv*. Chefredakteur ist Jonas Schick. Dieser ist kein Unbekannter, war er doch früher bei der *Jungen Alternative* (*JA*) und der sogenannten *Identitären Bewegung* aktiv. Darüber hinaus schreibt er seit 2019 immer wieder für Götz Kubitscheks Zeitschrift *Sezession*.

Ende März 2022 wurde „Umweltschutz ist Heimatschutz“ nun von etwa zwanzig Mitgliedern der *AfD* und der *JA* im hessischen Reinhardswald für sich entdeckt. Für eine medial professionell aufgearbeitete Inszenierung reisten u.a. Carlo Clemens (*AfD*-Ratsmitglied in Bergisch-Gladbach und seit Kurzem Landtagsabgeordneter NRW), Reinhild Boßdorf (s.o.), der bereits erwähnte Jonas Schick, Nils Hartwig, MdL Gerhard Schenk, Zacharias Schalley, Gerald Christ und Felix Cassel aus Bonn in das hessische Waldgebiet. Ihre Inszenierung erinnerte an

linke Proteste, jedoch wurde die Aktion statt mit dem #hambibleibt unter dem #reinibleibt verbreitet. Die *AfD* und *JA*-Aktivist*innen pflanzten ein paar Bäumchen, hielten Schilder hoch und machten viele Fotos. Doch warum gingen sie gerade in den Reinhardswald?

Einerseits lässt sich der Reinhardswald als Kulturgut verkaufen, sind dort doch einige der Grimmschen Märchen angesiedelt („Märchenwald“). Andererseits sollen Teile des Waldes für Windkraftanlagen gerodet werden. Dies lässt sich von rechten Akteur*innen hervorragend für ihren Kampf gegen „Klimahysterie“ vereinnahmen. Zwar ist das Vorhaben der Rodung nicht unumstritten, jedoch lehnt die Bürgerinitiative, die sich vor Ort gegen die Windkraftanlagen engagieren, die Unterstützung der rechtspopulistischen Akteur*innen ab. Vielmehr werfen sie der *AfD* Verbreitung von Falschinformationen vor. So stimmen weder die Zahlen noch die Begriffe der Umweltschützer*innen von rechts. Statt 2.000 Hektar des Waldes sollen ca. 29 Hektar gerodet werden. Darüber hinaus handelt es sich weder um einen „der letzten Urwälder Deutschlands“, noch soll ein Teil des geschützten „Märchenwaldes“ gefällt werden. Vor allem aber ignorieren die rechten Aktivist*innen einen wichtigen Fakt: die größte Gefahr für den Wald geht vom Klimawandel aus. An den direkten Folgen, wie Hitze und Wassermangel, sind in den letzten drei Jahren 26.000 Hektar Wald abgestorben, wie ein Sprecher des *NABU Hessen* der *taz* mitteilte. Das stellt mehr als die gesamten 20.000 Hektar Fläche des Naturparks Reinhardswald dar. (dp)

Für alle Interessierte an der Thematik Naturschutz von rechts möchten wir an dieser Stelle auf die Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz – kurz **FARN** – aufmerksam machen. Sie wurde von *Naturfreunden Deutschlands* und der *Naturfreundejugend Deutschlands* im Oktober 2017 gegründet.

Weitere Infos:

<https://www.nf-farn.de/>

Bildnachweise:

- S. 2: Jörn Neumann/NS-DOK (o.), Verlag Wallstein (M.)
- S. 3: NS-DOK (M.), Maro Drom (u.)
- S. 4: meancharacters, Köln (o.), Maro Drom (M., u.)
- S. 5: Dirk Lukaßen (o.), Martin Vollberg (u.)
- S. 6: NS-DOK (o.), Maro Drom (M.), Screenshot (u.)
- S.7: NS-DOK (M., u.)
- S. 8: Jean-Luc Fievet
- S. 9: Europäische Kommission
- S. 10: Metropol Verlag
- S. 11-12: OBR/BackUp
- S. 13-15: VBRG
- S. 19: DeZIM
- S. 20: AJC Berlin
- S. 21: Screenshot YouTube (o.), ÖGG (M.)
- S. 22: IDA NRW
- S. 23: Wochenschau Verlag
- S. 24: DJI
- S. 25: Wochenschau Verlag

Impressum

Redaktion:
Hans-Peter Killguss
NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln
Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 30.05.2022

Sie können den monatlichen Newsletter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus abonnieren über ibs@stadt-koeln.de. Dafür benötigen wir von Ihnen eine gültige E-Mail-Adresse. Wir verwenden Ihre persönlichen Daten ausschließlich für die Zustellung des Newsletters. Selbstverständlich werden Ihre Daten vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

Der Newsletter ist werbefrei und kann jederzeit wieder abbestellt werden. Senden Sie dazu eine E-Mail an ibs@stadt-koeln.de mit der Betreffzeile 'Newsletter abbestellen'.